



Fotos: Laurin Schmid

Von li.: Pressesprecher Peter Zernechel, SoVD-Präsident Adolf Bauer, Prof. Thomas Gutmann und Referent Florian Schönberg vor der Presse.

SoVD stellt Gutachten zur Patient*innensicherheit vor – Forderungskatalog an die Politik

Behandlungsfehler oft unerkannt

Noch immer sind Patient*innen bei Behandlungsfehlern rechtlich nur unzureichend geschützt. Zu diesem Ergebnis kommt ein Gutachten des Rechtsmediziners Thomas Gutmann, das der SoVD in Auftrag gegeben hatte. Bei der Präsentation der Ergebnisse im Rahmen einer Konferenz im Bundespressehaus in Berlin forderte SoVD-Präsident Adolf Bauer eine umfassende Reform des Patientenrechtegesetzes. Dazu stellte der SoVD die entsprechenden Handlungsrichtlinien vor.

Schon fast zehn Jahre ist es her, dass in Deutschland erstmals ein Patientenrechtegesetz eingeführt worden ist – 2013 war dies ein großer Schritt. Doch es gibt immer noch erhebliche Umsetzungsprobleme. Patient*innen, die einen Behandlungsfehler vermuten, stehen vor großen Hindernissen, wenn sie ihre Rechte durchsetzen möchten. Oft kommen Betroffene dabei sehr schlecht weg.

In rund jedem vierten gemeldeten Fall bestätigten im Jahr

2020 Gutachter*innen der Gemeinschaft der Medizinischen Dienste einen vermuteten Behandlungsfehler. Die tatsächliche Anzahl an Behandlungsfehlern ist allerdings unbekannt, die Dunkelziffer hoch.

Viele Patient*innen wissen nicht um Behandlungsfehler

„Viele Patient*innen wissen gar nicht, dass sie Opfer eines Behandlungsfehlers sind. Dies ist nicht nur auf das erhebliche Wissensgefälle um das Behand-

lungsgeschehen zurückzuführen, sondern auch auf die Widrigkeiten bei der Aufklärung“, machte SoVD-Präsident Adolf Bauer bei der Vorstellung des Gutachtens deutlich.

Der Gesetzgeber sei „an wichtigen Stellen auf halbem Weg stehen geblieben“, bilanzierte Prof. Dr. Thomas Gutmann, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Rechtsphilosophie und Medizinrecht, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, vor zahlreichen

Fortsetzung auf Seite 2

Anzeige

Vorsorge für den Trauerfall.

Als Mitglied im Sozialverband Deutschland e.V. können Sie besonders günstigen und speziellen Schutz genießen.

Sterbevorsorge

- Versicherungssumme von 1.000 bis 20.000 EUR
- Individueller Rundumschutz in drei Tarifvarianten
- Mitgliedervorteil 3% Beitragsrabatt und attraktive Extraleistungen

Interesse? Dann melden Sie sich!

ERGO Beratung und Vertrieb AG
ERGO Ausschließlichkeits-Organisation/55plus
Überseering 45, 22297 Hamburg
Tel 0800 3746-925 (gebührenfrei)
Vertriebsweg55plus-
VKAHH@ergo.de

ERGO



Blickpunkt

Nicht erst seit der Pandemie nimmt die Einsamkeit im Alter zu. Die Gründe dafür sind vielfältig und greifen nicht selten ineinander: eingeschränkte Mobilität, Partner*innen und Freund*innen, die erkranken oder versterben, Angehörige, die wenig Zeit haben oder weit weg wohnen. Auch Altersarmut ist eine Ursache für Vereinzelung, weil sie die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben stark einschränkt, wenn nicht sogar verhindert. Anlässlich der Ergebnisse einer Studie, in der Menschen im

Alter von über 80 Jahren zu ihrem Einsamkeitsempfinden in Zeiten von Corona befragt wurden, haben jetzt die Sozialminister*innen der Bundesländer einen nationalen Einsamkeitstreffen gefordert. Denn der Anteil der Hochbetagten, die sich im Alter einsam fühlten, lag im Befragungszeitraum von November 2020 bis April 2021 doppelt so hoch wie noch in den Jahren 2017 und 2018. Besonders häufig einsam fühlten sich der Umfrage nach Menschen, die in Heimen wohnen. Uns im SoVD beschäftigt das Thema

Einsamkeit schon länger intensiv. Bereits 2020 haben wir mit unserem Einsamkeitsgutachten auf die zunehmende soziale Isolation verschiedener Bevölkerungsgruppen aufmerksam gemacht. Dass dieser alarmierende Prozess jetzt stärker auf die politische Agenda rückt, begrüßen wir ausdrücklich. Vor allem aufsuchende Hilfen und Angebote für Menschen, die im häuslichen Umfeld Unterstützung benötigen, gilt es dabei zu stärken.

Adolf Bauer
SoVD-Präsident

Zum E-Paper wechseln und Tablet gewinnen

Gewinnspiel mit Verlosung läuft noch bis Ende März
Seite 9



„tag des wir“ – SoVD für Inklusion und Vielfalt

Gemeinsamer Aktionstag für alle Landes-, Kreis- und Ortsverbände

Seite 7

Mit vereinter Kraft für Gleichstellung

SoVD macht im März verstärkt auf andauernde Benachteiligung von Frauen aufmerksam

Seite 3



Gut durch die Krise gekommen

Die gesetzliche Rentenversicherung hat sich in der Pandemie bewährt

Seite 5



Im Visier der Staatssicherheit

Nachrichtensprecherin Susanne Daubner flüchtete 1989 aus der DDR

Seite 24



SoVD stellt Rechtsgutachten zur Patient*innensicherheit vor – Forderungskatalog an die Politik

Behandlungsfehler bleiben oft unerkannt

Fortsetzung von Seite 1

Pressevertreter*innen. So zeige die Erfahrung der vergangenen Jahre, dass aufgrund des strengen Beweismaßes [d. h. Grad der Überzeugung des Gerichts] Klagen wegen eines Behandlungsfehlers oftmals auch dann abgewiesen würden, wenn ein Fehler mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Verletzung geführt habe. Selbst Richter*innen kritisierten, dass Arzthaftungsprozesse hierdurch in hohem Maße dem Zufall überlassen blieben, führte der Medizinrechtsexperte, der das Gutachten im Auftrag des SoVD erstellt hatte, weiter aus.

Vollständiges Einsichtsrecht in die eigene Patientenakte

Gutmann plädiert deshalb unter anderem dafür, den Anspruch von Patient*innen bereits dann anzuerkennen, wenn „der Grund für die Haftung überwiegend wahrscheinlich ist“.

Deutlichen Verbesserungsbedarf sieht er auch beim vollständigen Einsichtsrecht von

Patient*innen in die sie selbst betreffende Patientenakte.

Deutschland fehle ein zentrales Meldesystem, um Behandlungsfehler verlässlich und vollständig zu erfassen, kritisierte Gutmann weiter. Es sei erheblich, Fehler systematisch auszuwerten, um daraus für die Zukunft Vermeidungsstrategien abzuleiten. Eine Meldepflicht für schwerwiegende Schäden sei hierzu unerlässlich.

„Wir möchten mit diesem Gutachten nicht nur den notwendigen Handlungsbedarf zur Stärkung und Weiterentwicklung der Patientenrechte aufzeigen. Wir wollen eine Reform des Patientenrechtgesetzes in Gang bringen. Dem Gesetzgeber geben wir mit unseren Forderungen konkrete Empfehlungen an die Hand“, zeigte SoVD-Präsident Adolf Bauer den sozialpolitischen Hintergrund des Gutachtens auf. Vor allem gelte es, die Interessen von Patient*innen, chronisch Kranken und Pflegebedürftigen sowie Menschen

mit Behinderungen fortan stärker zu berücksichtigen und sie in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen. „Letztlich muss die Patientensicherheit im Ganzen verbessert werden, um einen wirklich wirksamen Schutz vor Behandlungsfehlern zu erreichen“, so der SoVD-Präsident.

Forderungspapier mit vier zentralen Themenbereichen

Das in der Konferenz vorgelegte Forderungspapier umfasst vier Themenbereiche, nämlich: die Stärkung der individuellen Patient*innenrechte wie auch der kollektiven Patienten- und Pflegebedürftigenrechte, eine bessere Unterstützung von Versicherten durch ihre Kranken- und Pflegekassen und die Verbesserung der Patient*innensicherheit als Ganzes.

Zur Verbesserung der individuellen Rechte fordert der SoVD, das Beweismaß für den Ursachenzusammenhang zwischen Behandlungsfehler und eingetretenem Schaden zu verringern.

Der Verband macht sich außerdem dafür stark, dass es auch ohne Nachfrage zur Pflicht wird, über Behandlungsfehler zu informieren. Verpflichtend werden sollte aus Sicht des SoVD zudem die schriftliche Bestätigung der Vollständigkeit bereitgestellter Unterlagen. Bei Verstößen sind per Gesetz wirkungsvolle Sanktionen einzuführen.

Kassen sollten zur Information verpflichtet sein

In den Augen des SoVD müssen die gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen verpflichtet werden, ihre Versicherten bei der Verfolgung von – aus Behandlungsfehlern entstandenen – Schadensersatzansprüchen zu unterstützen. Bei offensichtlichen Anhaltspunkten für Behandlungsfehler müsse es überdies Pflicht der Kassen werden, die Betroffenen zu informieren.

Der SoVD fordert, dass die Auswahl an Unterstützungsleistungen durch die Kranken- und Pflegekassen sozialgerichtlich

überprüfbar sein muss.

Auch die gemeinsamen Rechte von Patient*innen und Pflegebedürftigen gilt es zu stärken. Dazu ist nach Meinung des SoVD notwendig, die Verfahrensrechte für die in den Gremien des Gesundheitswesens vertretenen Organisationen zu erweitern. Denn diese sprechen schließlich im Interesse der Patient*innen sowie chronisch kranken, pflegebedürftigen und behinderten Menschen. Um die Interessensvertretungen zu stärken, sind wiederum zusätzliche Unterstützungsstrukturen sowie eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung notwendig.

Schließlich empfiehlt der SoVD, eine bundesweit angelegte, öffentliche Kampagne zu starten, um für das wichtige Thema Patientensicherheit zu sensibilisieren. *Veronica Sina*
Alle Ergebnisse und Informationen rund um das Gutachten finden Sie auf einer Themenseite aufbereitet unter: www.sovd.de/gutachten-patientenrechte.

Verband beteiligt sich an klimapolitischen Aufrufen

SoVD ist Stimme für sozialen Klimaschutz

Der SoVD ist überzeugt: Klimaschutz geht nur sozial. Der Verband erhebt daher seine Stimme in Bündnissen, die sich für eine gerechte Verteilung der Belastungen aussprechen und an die Lage von Menschen mit wenig Einkommen denken.

Der notwendige Klimaschutz und die Transformation der Energiewirtschaft belasten Verbraucher*innen mit wenig Einkommen stärker als Gutverdienende. Dabei verursachen Letztere in der Regel einen deutlich größeren CO₂-Fußabdruck. Auch in der Wirtschaft gibt es Privilegien, die Ausstoßende großer Mengen CO₂ bevorzugen.

Der SoVD setzt sich zusammen mit mehreren Hundert Unternehmen und Organisationen in einem Appell für den Abbau klimaschädlicher Subventionen ein. Gemeinsam fordern die Unterzeichnenden, das Dieselprivileg abzuschaffen, Kerosin und Flugtickets angemessen zu besteuern, Industrieausnahmen bei Energie- und Strompreisen auf den Klimaschutz auszurichten und das Dienstwagenprivileg so zu überarbeiten, dass es nur noch für Null-Emissions-Fahrzeuge gilt.

Außerdem unterstützt der SoVD einen Appell, der sich für eine Rückerstattung von Energiekosten an die Bürger*innen stark macht. Eine solche Klimaprämie hat die Regierung im Koalitionsvertrag beschlossen. Die Klima-Allianz Deutschland, der Deutsche Naturschutzring, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und weitere Organisationen haben ein Gutachten bei der Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer in Auftrag gegeben, um einen geeigneten Modus für die Einführung des Klimageldes zu finden. Das erarbeitete Modell sieht vor, dass die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung an die Haushalte zurückgegeben werden und jede Person denselben Beitrag erhält, unabhängig von der Höhe der durch Heizen und Autofahren verursachten CO₂-Emissionen. Damit ist die Klimaprämie das überzeugendste Modell, das bei steigenden CO₂-Preisen einkommensschwache Haushalte zuverlässig und spürbar entlastet. Zur Umsetzung schlägt das Konzept die Integration der Klimaprämie in bereits bestehende Auszahlungswege vor, wie etwa in der Lohnsteuererstattung, in die Grundsicherungsauszahlung, die Rentenleistungen oder Kindergeld. Der SoVD hat sich an einem begleitenden Aufruf beteiligt und seine Unterstützung ausgedrückt. *Sebastian Triesch*

Menschen mit Behinderungen auf dem Arbeitsmarkt noch stärker benachteiligt

„Aktiv ins Arbeitsleben einbinden“

Schon vor der Pandemie fanden Menschen mit Behinderungen nur schwer einen Job auf dem ersten Arbeitsmarkt. Gegenüber Menschen ohne Handicap sind sie oftmals stark benachteiligt. In der Pandemie hat sich die Situation noch drastisch bestätigt, wie jetzt der Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, Jürgen Dusel, mitteilte. Der SoVD fordert deshalb unter anderem ein kurzfristiges Arbeitsmarktprogramm speziell für Menschen mit Behinderungen.

Aktuell gibt es in Deutschland mehr als 170.000 Schwerbehinderte ohne Beschäftigung. Das belegen aktuelle Zahlen der Bundesregierung. „Von der Erholung des Arbeitsmarktes nach der Pandemie werden Menschen mit Schwerbehinderung erst ganz zum Schluss profitieren“, stellt Dusel dazu fest. Daher müsse es jetzt intensive Bemühungen geben, diese Menschen aktiv in das Arbeitsleben einzubinden.

„Die Zahlen zeigen, dass Corona Menschen mit Behinde-

rungen am Arbeitsmarkt immer stärker abhängt“, stellt SoVD-Präsident Adolf Bauer hierzu fest. Was sich über die letzten Monate angedeutet habe, sei nun in der traurigen Jahresbilanz offensichtlich. Die Tendenz sei besorgniserregend.

Politik lässt Menschen mit Behinderungen im Stich

Den Zahlen für 2021 zufolge hat der Anteil der Menschen mit Schwerbehinderung nochmals um 1,6 Prozent zugenommen.

„Das sind 172.500 Schicksale, die von Politik und Wirtschaft im Stich gelassen werden.“ Besonders alarmierend sei, dass die allgemeinen Arbeitslosenzahlen 2021 dagegen um drei Prozent zurückgegangen sind.

Schon länger fordert der SoVD ein kurzfristiges Arbeitsmarktprogramm speziell für Menschen mit Behinderungen. „Es muss sich auf Ältere konzentrieren, weil deren Beschäftigungschancen besonders erschwert sind. Darüber hinaus müssen auch Jüngere, die eine Ausbildung machen und auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen wollen, besonders unterstützt werden“, so Bauer.

Der SoVD fordert außerdem mit Nachdruck, eine vierte Stufe der Ausgleichsabgabe einzuführen. Sie soll diejenigen Unternehmen unter Druck setzen, die – entgegen ihrer gesetzlichen Pflicht – keinen einzigen Menschen mit Behinderung beschäftigen. „Solche Unternehmen müssen schlicht stärker zur Kasse gebeten werden. Es kann nicht sein, dass 25 Prozent sich ihren Pflichten verweigern. Und die Politik schaut tatenlos zu“, kritisiert Bauer. *veo*



Foto: Robert Kneschke / Adobe Stock

Corona erschwert die Jobsuche für Menschen mit Handicap weiter.

Frauen erhalten im Durchschnitt weniger Lohn als Männer und leisten oftmals mehr Pflege- und Hausarbeit

Mit vereinter Kraft Gleichstellung erreichen

In diesem Monat machen gleich mehrere Aktionstage auf die andauernde Benachteiligung von Frauen aufmerksam. Das betrifft etwa den Bereich der Pflege („Equal Care Day“ am 1. März) oder die ungleiche Bezahlung („Equal Pay Day“ am 7. März). Zudem findet am 8. März wieder der Internationale Frauentag statt. Die Frauen im SoVD rufen daher den März zum Gleichstellungsmonat aus.



Aus Sicht von SoVD-Bundesfrauensprecherin Jutta König ist es ein Teufelskreis: Eine Ungerechtigkeit zieht die nächste nach sich oder begünstigt diese. König nennt als Beispiel die unbezahlte Sorge- und Hausarbeit: Im Durchschnitt zeigen Frauen täglich anderthalb Stunden mehr Einsatz für Haushalt und Angehörige als Männer. Bei Paaren mit Kindern beträgt die Lücke bereits über 80 Prozent. Und je mehr Sorgearbeit Frauen übernehmen, desto weniger Zeit bleibt ihnen, ein eigenes Einkommen zu erwirtschaften, das sie ausreichend absichert.

gungen geschaffen werden. Der SoVD fordert daher die Einführung einer Entgeltersatzleistung für Pflegezeiten, damit pflegende Frauen besser abgesichert sind und Männer in gleicher Weise dazu ermutigt werden, Angehörige zu pflegen.

Damit sich das ändert, macht sich der SoVD für eine bezahlte Freistellung von Vätern und Co-Müttern rund um die Geburt eines Kindes von mindestens zwei Wochen stark. Nach Überzeugung des Verbandes tue das nicht nur den Kindern gut, sondern fördere auch eine gleichberechtigte Arbeitsteilung in Paarhaushalten. Finanziert werden sollte diese Leistung aus Steuermitteln.

Hoffnungsvoll stimmt die Tatsache, dass sich die gerade erwähnten Forderungen im Ko-



Foto: Arpad Nagy-Bagoly/Adobe Stock

Gleichstellungspolitik gelingt nicht gegeneinander: Männer und Frauen sollten idealerweise am gleichen Strang ziehen.

alitionsvertrag „Mehr Fortschritt wagen“ der Regierungsparteien wiederfinden. Die konkrete Umsetzung dieser Vorhaben wird der SoVD die nächsten Jahre ebenso konstruktiv wie beharrlich begleiten. jos

Stiftung zur Gleichstellung

Die Frauen im SoVD begrüßen die Errichtung einer Bundesstiftung, welche die Gleichstellung von Frauen und Männern voranbringen und den öffentlichen Diskurs hierzu fördern soll. Zu diesem Zweck stellt die Stiftung Informationen bereit und bietet Raum für Austausch und neue Ideen. Das Direktorium besteht aus Lisi Maier und Dr. Arn Sauer.

Finanzielle Anerkennung von Zeiten der Pflege

Dafür, dass beide Geschlechter Erwerbs- und Sorgearbeit verbinden können, müssen entsprechende Rahmenbedin-

Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen

Um die eigenständige Existenzsicherung von Frauen zu fördern, spricht sich der Verband zudem für staatliche Zuschüsse im Bereich haushaltsnaher Dienstleistungen aus. Wird Sorgearbeit in Haushalten besser entlohnt, wertet das die vermeintlich weiblichen und daher meist unterschätzten Tätigkeiten auf.

Freistellung von Vätern rund um die Geburt eines Kindes

Verantwortung für die Betreuung und die Erziehung von Kindern übernehmen nach wie vor in erster Linie die Mütter.

Rheinland-Pfalz bietet Schutzprogramm für von Gewalt betroffene Frauen

Ein Ausweg aus der Hilflosigkeit

Das Bundeskriminalamt veröffentlichte kürzlich eine Statistik, nach der alle drei Tage eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner getötet wird. In Rheinland-Pfalz setzt man daher schon seit Langem auf Prävention. Hilfe erhalten Frauen dort durch ein Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen. Die Polizei schätzt hierbei die Gefahr, die von einem Täter ausgeht, konkret ein.

Die Zahl der Gewaltdelikte in Deutschland ist rückläufig. Für Taten, bei denen das Geschlecht eine Rolle spielt, gilt das jedoch nicht. Jede vierte Frau in Deutschland erfährt mindestens einmal in ihrem Leben Gewalt durch ihren Ehe- oder Lebenspartner – und das unabhängig von sozialer Herkunft, Bildungsstand oder Nationalität.

Als ein Übereinkommen des Europarates entstand bereits vor Jahren die sogenannte Istanbul-Konvention, die seit 2018 auch für Deutschland verbindlich ist. Die Konvention verpflichtet die Mitgliedstaaten, gegen alle Formen von Gewalt vorzugehen. Sie enthält unter anderem Vorgaben zur Prävention von Gewalt gegen Frauen

und von häuslicher Gewalt sowie zum Schutz der Opfer. Daran lehnt sich das Rheinland-pfälzische Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen (RIGG) an.

Bei RIGG arbeiten staatliche und nichtstaatliche Stellen zusammen. Wird die Polizei etwa zu einem Fall von häuslicher Gewalt gerufen, muss die betroffene Frau einen Fragebogen ausfüllen. Auf diese Weise kann die Behörde das konkrete Risiko besser einschätzen und weiter ermitteln. Gemeinsam mit Frauenhaus, Jugendamt und anderen beteiligten Akteuren diskutiert die Polizei jeden einzelnen Fall zudem in einer Konferenz.

Die Universität Koblenz-Landau evaluierte kürzlich das bundesweit beachtete Projekt aus Rheinland-Pfalz. Die Fallkonferenzen konnten demnach das Risiko, dass eine Frau erneut Gewalt erleidet, nahezu halbieren. jos



Foto: motortion/Adobe Stock

Das bleibt in der Familie? Nein, Gewalt ist keine Privatsache – sie ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das uns alle angeht.



Foto: SoVD

Auch Mitglieder des SoVD-Präsidiums zeigten sich besorgt und positionierten sich eindeutig: „Keine Gewalt gegen Frauen!“

Mit klarer Botschaft

Sie wirken in wichtigen Gremien des Verbandes mit und erteilen geschlechtsspezifischer Gewalt eine klare Absage (auf dem Bild v. li.): Bruno Hartwig (Bundesschatzmeister), Ernst-Bernhard Jaensch (Präsidiumsmitglied), Michael Meder (stellvertretender Bundesgeschäftsführer), Ursula Engelen-Kefer (Vizepräsidentin), Alfred Bornhalm (Beisitzer im Bundesvorstand), Jutta König (Sprecherin der Frauen im Bundesverband) und Franz Schrewe (Präsidiumsmitglied).

www.sovd.de/gleichstellungsmonat



Foto: Studio Romantic/Adobe Stock

Mindestlöhne steigen deutlich

Mehr Geld für Pflegekräfte

Die Mindestlöhne für Pflegekräfte in Deutschland sollen ab dem 1. September in mehreren Schritten deutlich steigen. Darauf hat sich die zuständige Pflegekommission einstimmig geeinigt. Demnach werden die Mindestlöhne für Hilfskräfte bis Ende 2023 schrittweise von aktuell 12 auf 14,15 Euro angehoben. Qualifizierte Hilfskräfte sollen künftig 15,25 Euro statt bislang 12,50 Euro Stundenlohn beziehen. Für Pflegefachkräfte steigt die Lohnuntergrenze von 15 Euro auf 18,25 Euro.

Nächste Erhöhung zum April

Bereits in der Vergangenheit hatte sich die Kommission für einen ersten Erhöhungsschritt für Pflegekräfte geeinigt, der ab dem 1. April 2022 greift: Hilfskräfte beziehen dann pro Stunde 55 Cent mehr (12,55 Euro), qualifizierte Hilfskräfte 70 Cent mehr (13,20 Euro). Pflegefachkräfte erhalten eine Erhöhung um 40 Cent auf 15,40 pro Stunde. Ab 1. September steigen die Mindestlöhne dann noch einmal: Für Pflegehilfskräfte gibt es statt 12,55 dann 13,70 Euro pro Stunde, für qualifizierte Hilfskräfte 14,60 statt 13,20 Euro und für Fachkräfte 17,10 anstelle 15,40 Euro.

Die Pflegekommission empfiehlt zudem mehr Urlaubstage. So sollen Beschäftigte mit einer Fünf-Tage-Woche für 2022 über den gesetzlichen Anspruch hinaus zusätzlich sieben Tage erhalten, für die Jahre 2023 und 2024 je neun Tage extra.

Gute Nachricht für Pflegende

Rund 1,2 Millionen Beschäftigte in Deutschland arbeiten in Einrichtungen, die unter den Pflegemindestlohn fallen. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD), der die Empfehlungen am 1. Mai per Verordnung umsetzen lassen möchte, erklärte: „Die deutlichen Lohnsteigerungen sind eine gute Nachricht für die Altenpflegerinnen und -pfleger in Deutschland, die jeden Tag anpacken und sich um die älteren und pflegebedürftigen Menschen in unserer Gesellschaft kümmern.“

„Für viele Pflegekräfte zahlt sich ein höherer Mindestlohn in besserer Bezahlung aus“, sagte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD). Viele Arbeitgeber würden aber bereits „aus guten Gründen deutlich mehr“ an ihre Beschäftigten zahlen. Die Anhebung sei deshalb „nur ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer fairen Entlohnung des Pflegepersonals“, sagte Lauterbach. *veo*

SoVD begrüßt Anhebung als wichtigen Schritt – 13 Euro wären noch sachgerechter

Mindestlohn steigt auf zwölf Euro

Ab dem 1. Oktober sollen rund 6,2 Millionen Arbeitnehmer*innen mehr Geld bekommen. Das geht aus einem Gesetzentwurf des Bundesarbeitsministeriums zum gesetzlichen Mindestlohn hervor. Die Erhöhung des Mindestlohnes war ein zentrales Wahlkampfversprechen der SPD. Der SoVD hat dies in einer Stellungnahme ausdrücklich begrüßt.

Der Entwurf des Gesetzes zur Erhöhung des Schutzes durch den gesetzlichen Mindestlohn sieht eine einmalige Anhebung zum 1. Oktober 2022 von dann 10,45 auf genau zwölf Euro vor. „Laut Gesetzentwurf werden 6,2 Millionen Menschen von einem höheren Stundenlohn profitieren. Das ist ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung des Niedriglohnssektors, besonders in Kombination mit der Grundrente zur Vorbeugung von Altersarmut“, sagt SoVD-Präsident Adolf Bauer.

Da insbesondere Frauen und Erwerbstätige in den neuen Bundesländern somit eine Verbesserung erfahren, ist der Schritt auch gleichstellungspolitisch sowie bezogen auf die Angleichung der Löhne in Ost und West gutzuheißen. Allerdings macht der SoVD klar, dass unter dem Aspekt der Armutsvermeidung 13 Euro noch sachgerechter gewesen wären. Denn auch abgeleitete Leistungen wie die gesetzliche Rente, das Arbeitslosen- oder das Kurzarbeitergeld würden sich damit noch spürbarer erhöhen.



Foto: natali_mis/Adobe Stock

Zu den Niedriglohnempfänger*innen gehören Reinigungskräfte.

Der gesetzliche Mindestlohn wurde zu Jahresbeginn von 9,60 auf 9,82 Euro angehoben, so wie es die im Oktober 2020 vom Bundeskabinett beschlossene Dritte Mindestlohnanpassungsverordnung vorsah. Wie geplant steigt die Lohnuntergrenze in der vierten Stufe zum 1. Juli 2022 auf 10,45 Euro. Diese Anpassung wird voraussichtlich von kurzer Dauer sein, weil zum 1. Oktober mit der Erhöhung auf zwölf

Euro nun das Wahlversprechen von SPD und Grünen eingelöst wird. Danach soll dann wieder die Mindestlohnkommission, in der Arbeitgeber*innen- und Arbeitnehmer*innen-Vertreter sitzen, über die Höhe beraten.

Bei der Festsetzung orientiert sich die Mindestlohnkommission an der Tarifentwicklung der jüngeren Vergangenheit. Sie berücksichtigt außerdem aktuelle Wirtschaftsprognosen sowie die

derzeitige Beschäftigungs- und Wettbewerbssituation.

Die Kommission, die politisch unabhängig entscheiden soll, legt den Mindestlohn alle zwei Jahre neu fest. Die beschlossene Lohnuntergrenze gilt für alle volljährigen Arbeitnehmenden. Ausgenommen sind allerdings Langzeitarbeitslose nach einer Arbeitsaufnahme in den ersten sechs Monaten wie auch Auszubildende, Absolvierende von Pflichtpraktika oder Praktika unter drei Monaten. In mehreren Branchen gibt es tarifliche Mindestlöhne, die über der gesetzlichen Lohnuntergrenze liegen.

Rund ein Fünftel aller Beschäftigten in Deutschland sind Niedriglohnempfänger*innen. Das bedeutet, ihr Stundenlohn beträgt weniger als zwei Drittel des mittleren Stundenlohns. Nur in Polen, Bulgarien und den baltischen Staaten ist der Anteil der Niedriglohnempfänger*innen größer. Hierzulande erhalten zum Beispiel Verkäufer*innen, Reinigungskräfte und Beschäftigte in der Gastronomie derart niedrige Löhne. *Veronica Sina*

SoVD kritisiert die Neuregelung – „Sozialversicherungspflicht ab der ersten Stunde“

Minijobgrenze liegt bald bei 520 Euro

Mit der Anhebung des gesetzlichen Mindestlohnes ist eine geplante Ausweitung der Minijobgrenze von derzeit 450 Euro auf 520 Euro verbunden. Ein entsprechender Gesetzentwurf sieht vor, dass die monatliche Geringfügigkeitsgrenze nicht mehr durch einen statischen Wert, sondern dynamisch ausgestaltet werden soll. Dazu liegt bereits ein Referentenentwurf vor. Auch hierzu hat der SoVD eine Stellungnahme eingereicht.

Die Verdienstobergrenze für Minijobs soll sich an einer Wochenarbeitszeit von zehn Stunden zum gesetzlichen Mindestlohn orientieren. Mit Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns ab dem 1. Oktober 2022 auf zwölf Euro pro Stunde wird deshalb die Minijobgrenze auf 520 Euro festgesetzt.

Vorgesehen sind außerdem eine Ausweitung der sogenannten Midijobgrenze von derzeit 1.300 Euro auf 1.600 Euro sowie eine Neuregelung zur Entlastung der Beschäftigten im Übergangsbereich. Damit fällt die Höhe der Sozialabgaben für die Beschäftigten zunächst niedriger aus und steigt dann linear bis zum Erreichen der Midijob-Obergrenze von 1.600 Euro an.

Der SoVD kritisiert die geplante dynamisierte Anpassung der Minijob-Obergrenze und die zum 1. Oktober 2022 erfolgende Ausweitung von 450 Euro auf 520 Euro als einen Schritt



Foto: M.Dörr & M.Frommherz/Adobe Stock

Viele Frauen führt die geringfügige Beschäftigung in die Armut.

in die falsche Richtung. „Nicht erst seit der Corona-Pandemie müsste das Gebot der Stunde die Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro sein“, stellt SoVD-Präsident Adolf Bauer dazu fest. In der Krise habe sich mehr als deutlich bestätigt, wie wichtig sozial abgesicherte Jobs seien. Denn davon hängen

das Kurzarbeitergeld, aber auch das Arbeitslosengeld und später die Rente ab.

Fatal ist deshalb in den Augen des SoVD nicht nur die geplante Ausweitung auf 520 Euro, sondern das Vorhaben einer dynamisierten Anpassung. Diese Regelung im Gesetzgebungsverfahren muss dringend ge-

kippt werden, fordert der SoVD.

Hinsichtlich der ebenfalls geplanten Ausweitung der Midijobzone hat der SoVD eine positivere Haltung. Denn diese Neuregelung könnte in der Tat dazu führen, dass der Fehlanreiz zur Ausweitung der Arbeitszeit über die Geringfügigkeitsgrenze hinaus beseitigt wird. Es wäre jedoch besser, wenn der lineare Anstieg der Zahlung von Sozialbeiträgen durch die Arbeitnehmer*innen deutlich früher ansetzen würde.

Unterdessen ist – auch vor dem Hintergrund der Reduzierung von Corona-Einschränkungen – die Zahl der Minijobber*innen auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland wieder gestiegen. Wie die Minijobzentrale berichtete, waren Ende 2021 mehr als 6,26 Millionen Minijobbende im gewerblichen Bereich gemeldet; 7,4 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. 57,4 Prozent davon waren Frauen.

Veronica Sina



Foto: m.mphoto / Adobe Stock

Die Pandemie schlug hohe Wellen, brachte die Rentenversicherung jedoch nicht zum Kentern.

Gutachten des Sozialbeirates zum Rentenversicherungsbericht 2021

Gut durch die Krise gekommen

Ende vergangenen Jahres legte die Bundesregierung ihren Rentenversicherungsbericht vor. Darin kommt sie zu dem Schluss, man sei gut durch die anhaltende Krise gekommen. Im Sozialbeirat, der zu großen Teilen aus Vertreter*innen von Arbeitgebenden und Versicherten besteht, teilt man diese Einschätzung. Dort wie auch im SoVD bereitet jedoch die schrumpfende Nachhaltigkeitsrücklage Sorge.

Allen Widrigkeiten der bereits zwei Jahre andauernden Corona-Pandemie zum Trotz, steht die gesetzliche Rentenversicherung finanziell gut da. Zu diesem Ergebnis kommt zumindest die Bundesregierung in ihrem aktuellen Bericht. Ein Gutachten des Sozialbeirates stützt diese Aussage. Zudem deutet vieles darauf hin, dass Rentenniveau und Beitragssatz die künftigen Jahre stabil bleiben.

Auch für kommende Notlagen vorbereitet sein

Einen übertriebenen Anlass zum Feiern gibt es aber wohl dennoch nicht. So weist der Sozialbeirat unter anderem darauf hin, dass es bei einem negativen Verlauf des Pandemiegeschehens jederzeit zu unvorhersehbaren wirtschaftlichen Entwicklungen kommen könne. Dies gelte besonders im Bereich des Arbeitsmarktes und bei den Löhnen.

Um mögliche Krisen besser überstehen zu können, müssen aus Sicht des SoVD ausreichend finanzielle Reserven gebildet werden. Wie vom Sozialbeirat vorgeschlagen sollte die Bundesregierung daher ein zu starkes Absinken der Nachhaltigkeitsrücklage verhindern.

Bericht stellt Versorgung insgesamt zu positiv dar

Weitgehend einig sind sich SoVD und Sozialbeirat auch hinsichtlich ihrer kritischen Einschätzung des Gesamtversorgungsniveaus. Dieses errechnet die Bundesregierung aus der gesetzlichen Rente und einer modellhaften Riester-Rente. Im Hinblick auf private Altersvorsorge zeichnet sie dabei jedoch ein zu optimistisches Bild.

So weist etwa der SoVD darauf hin, dass die tatsächliche Inanspruchnahme der Riester-Förderung weiterhin rückläufig ist. Selbst bei den bereits be-

stehenden Riester-Verträgen sei mittlerweile nahezu jeder fünfte ruhend gestellt.

SoVD bekräftigt Kritik am Nachholfaktor

Sorge bereitet dem Verband auch die geplante Wiedereinführung des Nachholfaktors. Dieser soll dafür sorgen, dass sich Löhne und Renten einheitlich entwickeln. In diesem Jahr würden die Renten dadurch weniger stark steigen.

Der SoVD bezeichnete den Nachholfaktor von Beginn an als den falschen Weg. Gestützt wird diese Kritik auch durch Berechnungen aus dem Rentenversicherungsbericht. Diesen zufolge steigen die Renten bis zum Jahr 2035 um insgesamt 37 Prozent. Im gleichen Zeitraum allerdings erhöhen sich die durchschnittlichen Bruttolöhne um über 50 Prozent. Der Nachholfaktor würde diese Schieflage somit noch weiter verschärfen. *jos*



Interview

„Längst nicht alle können privat vorsorgen“

Wie ist es um die Alterssicherung bestellt? Darüber und über den Rentenbericht der Bundesregierung sprachen wir mit Henriette Wunderlich. Die Verwaltungswissenschaftlerin betreut dieses Thema als Referentin für den SoVD-Bundesverband in Berlin.

__Laut Bundesregierung liegt das Niveau der Gesamtversorgung bei über 52 Prozent. Sind das gute Nachrichten?

Das wäre eine gute Nachricht, wenn es denn stimmen würde. Das ist eine Zahl, die aus dem aktuellen Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung stammt. Die Bundesregierung rechnet da auf das aktuelle Rentenniveau von knapp über 48 Prozent einfach vier Prozent aus einer privaten Altersvorsorge obendrauf. Es ist aber keinesfalls so, dass alle Menschen, die gesetzlich rentenversichert sind, auch einen Riester-Vertrag abgeschlossen haben. Dazu sind viele finanziell schlicht nicht in der Lage.



Henriette Wunderlich

__Welche Rolle spielen Prävention und Rehabilitation aus Ihrer Sicht in den nächsten Jahren?

Laut Koalitionsvertrag der Bundesregierung sind diese beiden Bereiche Schwerpunkte der Alterssicherungspolitik. Das ist nach Meinung des SoVD deshalb so wichtig, weil die Arbeitswelt letztlich darüber entscheidet, wie hoch unsere Rente sein wird. Es ist aber leider so, dass viele Menschen das reguläre Renteneintrittsalter nicht gesund erreichen und vorzeitig aus dem Beruf aussteigen müssen. Deshalb müssen wir verstärkt darauf schauen, wie wir Menschen in die Lage versetzen, dass sie lange gesund arbeiten können.



Info

Sie möchten wissen, wie viel von Ihrer Rente nach Abzug von Sozialabgaben und Steuern noch übrig bleibt? Nutzen Sie den Rentenrechner online unter: www.sovd.de/rentenrechner.

__Das gilt wahrscheinlich besonders für Personen, die auf eine Erwerbsminderungsrente angewiesen sind, oder?

Wer eine Erwerbsminderungsrente bezieht, kann zwar theoretisch in den ursprünglichen Beruf zurückkehren. In den meisten Fällen aber gelingt das leider nicht. Ich glaube daher, dass es ganz wichtig ist, da noch einmal genauer hinzusehen, damit eine Erwerbsminderungsrente nicht automatisch eine Sackgasse ist.

Interview: Joachim Schöne

25. Juni 2022
Berlin

www.sovd.de/inklusionslauf



Foto: Laurin Schmid

Aktuelle Urteile



Foto: Daniel Jędzura / Adobe Stock

Ein notarielles Testament etwa kann Ansprüche schon belegen.

Manchmal reichen auch andere Dokumente aus

Erb*innen müssen nicht immer Erbschein haben

Wer erbt und eine Forderung der Verstorbenen geltend machen möchte, muss hierzu seine Erb*innenstellung nachweisen. Nicht zwingend ist zum Nachweis aber ein Erbschein nötig. Andere Dokumente reichen nach einem entsprechenden Urteil ebenfalls aus.

Nachlässe bestehen nicht immer nur aus Immobilien, Bankguthaben oder ähnlichen Werten. So kommt es gar nicht selten vor, dass Verstorbene noch offene Forderungen gegenüber Dritten hatten.

In solchen Fällen müssen Erb*innen die entsprechenden Forderungen bei Schuldner*innen geltend machen. Doch was, wenn dann bestritten wird, dass man wirklich die erbende Person ist?

Nicht immer ist zum Nachweis die Vorlage eines Erbscheins erforderlich, befand das Oberlandesgericht Düsseldorf. Eine Erb*innenstellung lässt sich auch aus einem notariellen Testament oder einem Erbvertrag nachweisen. Im betreffenden Fall wurde ein Mann auf Rückzahlung eines Darlehens verklagt. Die Klage erhob allerdings nicht diejenige, die ihm das Darlehen gewährt hatte, sondern deren Erben. Der Schuldner verlangte zum Nachweis der Erbenstellung die Vorlage eines Erbscheins.

Die Kläger waren hingegen der Ansicht, der vorgelegte notariell beurkundete Erbvertrag samt Eröffnungsprotokoll des Nachlassgerichts, durch den sie zu gleichen Teilen zu Erben der Darlehensgeberin eingesetzt worden waren, genüge zum Nachweis. Das sah auch das Gericht so. Dies gelte sowohl für Rechtsbeziehungen unter Privatleuten als auch für Rechtsbeziehungen zwischen Verbraucher*innen und Banken. Zum Nachweis reiche – wie in dem betreffenden Fall auch geschehen – ein notariell eröffnetes Testament oder ein Erbvertrag (OLG Düsseldorf, Az.: 7 U 139/21).

Oma und Opa sind unter Umständen unterhaltspflichtig

Auskunft über Großeltern

Nicht nur Eltern müssen Kindern Unterhalt zahlen, solange die zur Schule gehen oder eine Ausbildung machen. Wenn sie das finanziell nicht können, kann es auch Oma und Opa treffen.

Großeltern können verpflichtet werden, für ihre Enkel Unterhalt zu zahlen. Auf eine entsprechende Entscheidung des Oberlandesgerichts Oldenburg (Az.: 13 UF 85/21) wies die Arbeitsgemeinschaft Familienrecht des Deutschen Anwaltvereins (DAV) hin.

Im konkreten Fall arbeitet die alleinerziehende Mutter eines fünfjährigen Kindes in Teilzeit mit 20 Wochenstunden, der Vater macht eine Ausbildung und zahlt nur 30 Euro Unterhalt monatlich. Die Frau wollte Auskunft über Einkommen und Vermögen der Großeltern väterlicherseits. Das Gericht gab ihr recht: Grundsätzlich komme eine Unterhaltspflicht infrage, da sie selbst bei einer Vollzeittätigkeit nicht genügend verdienen würde, um den Unterhalt des Kindes ganz oder teilweise zu erbringen.

Breites Bündnis wirbt für Corona-Soforthilfen und Kinderzuschlag

An die Ärmsten denken

Wer sowieso nur wenig Geld zur Verfügung hat, ist von den aktuell stark steigenden Preisen besonders betroffen. Ein Zusammenschluss mehrerer Organisationen fordert deshalb von der Regierung die schnelle Einführung des versprochenen Kinderzuschlages für Menschen in der Grundsicherung.

Angesichts dauerhaft hoher Preissteigerungsraten und pandemiebedingter Mehrausgaben hat sich der SoVD an einem Bündnis beteiligt, das die Spitzen der Ampel-Koalition in einem offenen Brief auffordert, zügig gezielte und substanzielle Hilfen für die Ärmsten zu beschließen. Den Aufruf tragen 17 bundesweit tätige Organisationen aus Wohlfahrts- und Sozialverbänden, Gewerkschaften, Kinderrechts- sowie Jugendorganisationen, wie der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Paritätische Gesamtverband und die Tafel Deutschland.

In dem Brief, den auch die Jusos und die Grüne Jugend unterzeichnet haben, erinnern die Verfasser*innen die Bundesregierung an ihr Versprechen eines Sofortzuschlages für von Armut betroffene Kinder im Koalitionsvertrag. Zudem weisen sie auf die ohnehin unzureichenden Regelsätze für Kinder, Jugendliche und Erwachsene in den Systemen der Grundsicherung wie Hartz IV hin.

Versprochene Zuschläge stehen noch aus

Im Koalitionsvertrag haben die Ampelparteien verabredet, bis zur tatsächlichen Einführung der Kindergrundsicherung von Armut betroffene Kinder mit einem Sofortzuschlag abzusichern.

Bisher haben die Regierungen jedoch keine konkreten Planungen dazu vorgestellt. Mit dem offenen Brief, den auch



Foto: Tomsickova / Adobe Stock

Die Inflation macht gesunde Ernährung teurer. Der versprochene Kinderzuschlag in der Grundsicherung ist dringend nötig.

SoVD-Präsident Adolf Bauer unterzeichnet hat, werden die Parteien aufgefordert, „mit dem Sofortzuschlag für von Armut betroffene Kinder und Corona-Hilfen für alle Grundsicherungsbeziehenden zügig gezielte Hilfen in substanzieller Höhe zu beschließen.“ Die Un-



Grafik: Der Paritätische

Kacheln wie diese trugen den Aufruf in die sozialen Medien.

terzeichnenden weisen darauf hin, dass die zum Jahresbeginn angepassten Regelsätze die anhaltend hohen Preissteigerungsraten insbesondere bei den Stromkosten nicht annähernd auffangen würden. Gleichzeitig verschärften Mehrkosten für Masken und andere pandemiebedingte Ausgaben die Not von Menschen, die auf existenzsichernde Leistungen wie Hartz IV angewiesen sind.

SoVD: Heizkostenzuschuss auch für ALG II-Beziehende

Schon bei der Debatte über den Heizkostenzuschuss für Beziehende von Wohngeld betonte SoVD-Präsident Adolf Bauer, dass ebenso eine finanzielle Unterstützung für Menschen in Grundsicherung nötig sei, um sie nicht mit den steigenden Kosten allein zu lassen. *str*



SoVD im Gespräch

Adolf Bauer im Gespräch mit Bernd Rützel

Am 28. Januar traf sich SoVD-Präsident Adolf Bauer zu einem digitalen Gespräch mit Bernd Rützel (SPD), dem Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeit und Soziales im 20. Deutschen Bundestag.

Das Treffen fand als Reaktion auf ein Glückwunsch-Schreiben des SoVD an den Ausschussvorsitzenden statt und diente vor allem dem Kennenlernen. Auch Fabian Müller-Zetsche, Leiter der Abteilung Sozialpolitik im SoVD-Bundesverband, nahm an dem Austausch teil.

Eingangs stellte Adolf Bauer kurz den SoVD und dessen Geschichte vor. Bernd Rützel erkundigte sich nach den Strukturen des SoVD in Bayern, zum Beispiel in Nürnberg oder Würzburg.

Bauer erläuterte anschließend, dass der SoVD derzeit die Geschäfte des Deutschen Behindertenrates führe und dem Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales als Ansprechpartner für die Belange der Menschen mit Behinderungen gerne zur Verfügung stehe.

Schwerpunkt des inhaltlichen Austauschs war die Rentenpolitik. Adolf Bauer trug die Bewertungen des SoVD zu den im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen vor und kritisierte

den Einstieg in die Teilkapitaldeckung der gesetzlichen Rente. Er wies zudem darauf hin, dass die Reform der privaten Vorsorge nichts daran ändere, dass sich viele Menschen zusätzliche private Altersvorsorge nicht leisten könnten.



Foto: Stella von Saldern

Bernd Rützel

Alle Landes-, Kreis- und Ortsverbände können sich am gemeinsamen Aktionstag beteiligen

„tag des wir“ lädt zum Mitmachen ein

Ein Aufzug und eine Rampe am Eingang – für viele Menschen bedeutet das bereits Barrierefreiheit und Teilhabe. Doch solche und andere unreflektierte Vorstellungen erschweren die Umsetzung von Inklusion. Denn eine gut funktionierende Gesellschaft lebt von Vielfalt, Toleranz und Solidarität. Um diese Begriffe mit Leben zu füllen, hat der SoVD 2021 erstmals den „tag des wir“ ausgerufen. Im Mittelpunkt stehen dabei die soziale Teilhabe und das Miteinander in allen Lebensbereichen und aus allen Situationen heraus. Der SoVD-Aktionstag zum Mitmachen und Mitgestalten findet immer am 21. August statt, so auch in diesem Jahr. Schon jetzt kann es an die Planung gehen.

Für eine inklusive Gesellschaft sind alle Menschen gefordert, ob mit oder ohne Behinderungen.

Denn es geht nicht allein darum, dass Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen auf weniger Stufen, Treppen, Angebote ohne Blindenschrift oder Untertitel sowie andere Barrieren und Hindernisse stoßen. Große Defizite und Barrieren bestehen darüber hinaus im Bewusstsein, nicht zuletzt deshalb, weil Menschen mit und ohne Behinderungen oft zu wenige Berührungspunkte miteinander haben.

Mangelnde soziale Teilhabe ist dabei ein Thema, das nicht nur Menschen mit Handicap betrifft. Auch Menschen mit Migrationshintergrund, von Ar-

mut betroffene Menschen und Menschen unterschiedlichster Geschlechtsidentität sowie geschlechtlicher Vielfalt leiden darunter.

Gemeinsames Erleben verändert Einstellungen

Zur Überwindung mangelnder Inklusion braucht es nicht nur ein feineres Gespür und Offenheit dafür, was andere Menschen ausgrenzt, sondern auch die entsprechende Haltung, Hindernisse beseitigen zu wollen. Am „tag des wir“ soll es deshalb vor allem um positive, gelebte Beispiele gehen, die – abseits der politischen Forderungen des SoVD – zeigen, wie Inklusion funktionieren kann. Denn nur durch Begegnung,

gemeinsames Erleben und Gespräche können sich Haltungen und Einstellungen in den Köpfen verändern.

„Als SoVD wollen wir nicht nur über Barrieren sprechen, sondern sie auch abbauen, indem wir Begegnungen schaffen. Deshalb haben wir bereits 2014 den Inklusionslauf für Menschen mit und ohne Behinderungen in Berlin ins Leben gerufen. Der ‚tag des wir‘ ist eine sinnvolle Ergänzung“, erklärte SoVD-Präsident Adolf Bauer 2021 zum Auftakt des Aktionstages.

Schon jetzt lädt der SoVD-Bundesverband alle Landes-, Kreis- und Ortsverbände, dazu ein, sich am Aktionstag zu beteiligen und ihre Ideen vorzustellen. Ob Sport- oder Spielveranstaltung,



Beim „tag des wir“ steht gemeinsames Erleben im Vordergrund.

gemeinsamer Stammtisch oder Hindernisparcours – Fantasie ist gefragt, wenn es um das Miteinander in Aktion geht. Für Ideen kann außerdem die vom SoVD herausgegebene Ideenbroschüre „Hand in Hand“ dienen, die wir Ihnen gerne auf Anfrage zusenden und die Sie sich unter www.sovd.de/broschueren bei „Ehrenamt“ herunterladen können.

Ideen für Deutschlandkarte zum Aktionstag gesucht

Haben Sie schon Ideen zu Veranstaltungen? Sind Sie bereits in der Planungsphase? Dann nehmen wir diese gern in unsere Aktionstag-Deutschlandkarte auf, um anderen ein Beispiel zu geben. Die Karte veröffentlichen wir in der Juli-/August-Ausgabe.

Senden Sie uns Ihre Ideen und Anregungen gerne per E-Mail an: tagdeswir@sovde.de oder per Post an den SoVD e. V., Stichwort „tag des wir“, Abteilung PAD, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. *Veronica Sina*

Recht auf Teilhabe

Mehr als 7,6 Millionen Menschen in Deutschland haben eine Schwerbehinderung. Da keine Meldepflicht bei den zuständigen Behörden besteht, ist davon auszugehen, dass die tatsächliche Zahl höher liegt.

Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) soll Menschen mit Behinderungen zu mehr Rechten verhelfen. Mit diesem Gesetz will die Bundesregierung die UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen. Die verlangt, dass die Hilfe für beeinträchtigte Menschen nicht nur als Fürsorge gewährt, sondern als Chance und Rechtsanspruch zur umfassenden gesellschaftlichen Teilhabe begriffen wird.



Fotos: Ronny Behnert / Daniel Hohlfeld

Die Regatta des Landesverbandes Berlin-Brandenburg war 2021 ein toller Auftakt zum „tag des wir“.

SoVD im Gespräch

Kennenlernen in Berlin

SoVD-Präsident Adolf Bauer traf sich mit der Bundestagsabgeordneten Dr. Ottilie Klein. Diese wurde in der baden-württembergischen Stadt Villingen-Schwenningen geboren, gehört jedoch als Mitglied im Kreisvorstand der CDU Berlin-Mitte an. Bei der Bundestagswahl im vergangenen Jahr zog Dr. Klein in den 20. Deutschen Bundestag ein. Dort ist sie Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales sowie im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Zudem gehört sie als stellvertretendes Mitglied dem Finanzausschuss an.

Nachdem Adolf Bauer der Bundestagsabgeordneten bereits schriftlich zu ihrer Wahl gratuliert hatte, kam es nun auch zu einem persönlichen Kennenlernen. Bei dem gemeinsamen Gespräch erläuterte Bauer neben der Geschichte des SoVD auch die politischen Aktivitäten des Verbandes. Dr. Klein zeigte sich überaus interessiert daran, künftig eng mit dem SoVD in Kontakt zu bleiben – nicht zuletzt auch deshalb, weil die Bundesgeschäftsstelle in ihrem Wahlkreis liegt.

Zu den Schwerpunkten ihrer Arbeit erklärte die Politikerin, sie wolle sich verstärkt den Themen Vermögensverteilung, Armut und Reichtum sowie Kinderarmut widmen. Gerade

in der Hauptstadt, so Dr. Klein, zeige sich soziale Ungleichheit auf teils erschreckende Weise.

Als Abgeordnete sei sie außerdem für das Spezialthema Härtefallfonds in der gesetzlichen Rentenversicherung zuständig. Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik würden sie vor allem der Fachkräftemangel und die Langzeitarbeitslosigkeit beschäftigen. Bezogen auf den letztgenannten Punkt wies der SoVD-Präsident auf die anhaltend schwierige Situation von Menschen mit Behinderungen hin. Bei dem kurz angeschnittenen Thema Rente machte Adolf Bauer zudem deutlich, dass eine Schwächung der gesetzlichen Rente aus Sicht des SoVD eindeutig der falsche Weg sei.



Foto: Büro Dr. Klein

Dr. Ottilie Klein (CDU) gehört seit der letzten Wahl dem Deutschen Bundestag an. SoVD-Präsident Adolf Bauer traf sich mit ihr zum gegenseitigen Kennenlernen in der Hauptstadt.



Wir haben geholfen

Unfallrente nach Sturz im Job durchgesetzt

Im SoVD-Landesverband Bayern konnte die Rechtsberatungsstelle Nürnberg dabei helfen, Ansprüche gegen die Berufsgenossenschaft durchzusetzen: Ein junges SoVD-Mitglied, von Beruf Fotograf, hatte in seiner Ausbildungszeit einen Arbeitsunfall, bei welchem es von der Leiter gefallen war – mit Folgen.

Der junge Mann leidet seitdem unter einem chronisch neuropathischen Schmerzsyndrom am linken Bein. Es entstand nach Bruch des linken Mittelfußknochens und folgender Schädigung des linken Nervus suralis, eines sensiblen Nervs im Unterschenkel, und mit mehrfacher Bildung von Neuomen (Knoten). Er musste sich mehreren Operationen unterziehen.

Obwohl bereits im Antragsverfahren ein Sachverständigengutachten zu dem Ergebnis gekommen war, dass die Schädigung im Bein unfallbedingt ist, hatte die Berufsgenossenschaft (BG) Leistungen abgelehnt. Auch im Widerspruchsverfahren wies die BG den Anspruch auf eine Unfallrente zurück: Sie erkannte den kausalen Zusammenhang zum Unfall nicht an.

Erst im Klageverfahren konnte dem Mitglied mit Unterstützung von SoVD-Rechtsanwältin Sabine Tittus von der Rechtsberatungsstelle Nürnberg zu einer Unfallrente verholfen werden. Als Tittus ausführlich dargestellt hatte, wie sich die Schädigung infolge des Unfalls entwickelt hatte, holte das Gericht ein zweites Gutachten ein. Nach Erstellung konnte der SoVD einen Vergleich abschließen. Das Gericht erkannte an, dass der Arbeitsunfall zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen geführt hat. So wurde eine Minderung der Erwerbsfähigkeit festgestellt – mit daraus folgender Unfallrente.



Foto: sutichak / Adobe Stock

Folgenreicher Arbeitsunfall: Der SoVD Bayern erstritt eine Rente.



Sozialrechtsurteil

Kindergeld auch bei Ausbildungspause

Für erwachsene Kinder gibt es kein Kindergeld zur Berufsausbildung, wenn diese wegen einer Erkrankung beendet wurde. Handelt es sich aber um eine nur vorübergehende Erkrankung und ist der junge Mensch nachweislich weiter ausbildungswillig, kann eine Berücksichtigung als „ausbildungsplatzsuchendes“ Kind erfolgen. Das hat der Bundesfinanzhof in einem aktuellen Urteil entschieden.

In der Frage, ob Kinder in dieser Form für die Zahlung von Kindergeld berücksichtigt werden, kommt es auf eine Reihe von Faktoren an. Im vorliegenden Fall hatte eine volljährige Tochter ihre Ausbildung wegen Erkrankung im März 2017 beendet. Die Familienkasse hob deshalb die Kindergeldfestsetzung ab April 2017 auf.

Dagegen klagte die Mutter der jungen Frau. Das Finanzgericht gab der Klage für die Monate April bis September 2017 statt. Der Bundesfinanzhof entschied dagegen, eine Berücksichtigung als „ausbildungsplatzsuchendes“ Kind komme nur dann in Betracht, wenn die Krankheit vorübergehend sei. Außerdem müsse nachgewiesen werden, dass das Kind trotz vorübergehender Ausübungsfähigkeit weiterhin ausbildungswillig sei.

Für Kinder unter 25 Jahren kommt Kindergeld in Betracht, wenn sie eine Berufsausbildung machen, sich vergeblich um einen Ausbildungsplatz bemühen oder sich wegen einer Behinderung nicht selbst unterhalten können. Nun muss das Finanzgericht offenbar klären, ob die Tochter als „ausbildungsplatzsuchendes“ oder als „behindertes“ Kind berücksichtigt werden kann (BFH, Az.: III R 41/19).

SoVD führt DBR-Sekretariat – behindertenpolitische Aufforderungen an Gesetzgeber

Die einbinden, um die es geht

Der Deutsche Behindertenrat (DBR) vernetzt über 140 Organisationen. Fortlaufend berichtet „Soziales im Blick“ aus dessen Sekretariat, das 2022 beim SoVD angesiedelt ist – Präsident Adolf Bauer leitet den Sprecherrat. Im Fokus stehen Barrierefreiheit, Inklusion, Antidiskriminierung und Mitwirkung.

Das Sekretariat informiert alle DBR-Verbände über den Stand behindertenpolitischer Debatten sowie Neues aus den einzelnen Organisationen und erleichtert den Austausch. Die DBR-Arbeitsgruppen sind intensiv in die Arbeit eingestiegen, etwa zu barrierefreien Arztpraxen oder inklusiver Bildung.

Aktuelle Diskussionen drehen sich um den EU-Schwerbehindertenausweis, die Verordnung über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen und vieles andere. Auf DBR-Aktivitäten wie den offenen Brief zum neuen Medienstaatsvertrag, der Medien nicht genug zur Barrierefreiheit verpflichtet (*wir berichteten im Februar*), gab es diverse Reaktionen der Politik. Mit dieser ist der DBR in regem Kontakt.

Kontakt mit politischen Akteuren zu Kernthemen

So schrieb SoVD-Präsident Adolf Bauer als DBR-Sprecherratsvorsitzender an Mitglieder der neuen Bundesregierung: an Kanzler Olaf Scholz sowie die Minister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil, und Gesundheit, Karl Lauterbach (alle SPD). Er gratulierte ihnen zur Wahl oder (Wieder-)Berufung. Doch wies Bauer auch auf Schwerpunktthemen des DBR hin – mit Blick auf einen Austausch darüber. Dafür sei der Koalitionsvertrag, der zentrale Forderungen der Verbände aufgreift, eine „sehr gute Grundlage.“ Nötig seien nun Reformen des Allgemeinen Gleichbehandlungs-, Behindertengleichstellungs- und Barrierefreiheitsstärkungsgesetzes.

Ressortübergreifend sei die Barrierefreiheit voranzubringen, vor allem bei Wohnen, Gesundheit, Verkehr und Digitalisierung. Der DBR biete der



Foto: Deutscher Bundestag / Marco Urban

Bundestagsausschüsse müssen Vertretungen behinderter und chronisch kranker Menschen bei Gesetzen, die diese betreffen, anhören.

Regierung seine Expertise an, etwa beim Aktionsplan „Für ein diverses, inklusives und barrierefreies Gesundheitswesen“.

Für Verbesserungen der Arbeitsmarktteilhabe und im SGB IX mahnte der Sprecherratsvorsitzende unter anderem, schnell die vierte Stufe der Ausgleichsabgabe für Betriebe umzusetzen, die trotz Pflicht null Schwerbehinderte beschäftigen. Den sehr negativen Pandemie-Folgen für Menschen mit Handicap müsse ein Beschäftigungsprogramm entgegenwirken.

Zu diesen und mehr Themen traf der DBR-Sprecherrat schon den alten und neuen Bundesbehindertenbeauftragten, Jürgen Dusel. Beim gewohnt guten Austausch besprach man neben dem Arbeitsleben und Aspekten der Barrierefreiheit auch die schwierigen Fragen der Triage.

Triage-Regelungen treffen, Betroffene beteiligen

Für ebendieses durch Corona in den Blick gerückte Thema erarbeiteten die Verbände gemeinsame Basispositionen, wie die Entscheidung des Bundesver-

fassungsgerichts umzusetzen sei. Denn der Gesetzgeber muss zeitnah Schutzvorkehrungen für Menschen mit Behinderungen treffen, sollte es je zu Triage-Situationen kommen und etwa die Intensivversorgung knapp werden. Der DBR fordert, das mit allen Mitteln zu verhindern. Für den Ernstfall brauche es aber inhaltliche und verfahrensseitige „Leitplanken“ für diskriminierungsfreie Entscheidungen.

Anforderungen dafür benannte der DBR gegenüber dem Bundesgesundheitsministerium. Der DBR kritisiert aber zu wenig weitere Einbindung. So traf sich der Gesundheitsausschuss des Bundestages am 16. Februar zu einem Triage-Fachgespräch. Geladen waren nur Vertretende und Sachverständige der Ärzteschaft und des Ethikrates sowie die Beschwerdeführerin beim BVerfG – und keine einzige Vertretung Betroffener über den Weg des DBR. Das ist verschoben auf die reguläre öffentliche Anhörung im Gesetzgebungsverfahren. „So geht Partizipation nicht“, protestierte der SoVD im Namen des DBR öffentlich, unter anderem auf Twitter. Behinderte und chronisch kranke Menschen seien schon im Vorfeld besser zu beteiligen.

Eva Lebenheim

Info

Mehr zum DBR und Anmeldung für den monatlichen Newsletter im Internet auf: www.deutscher-behindertenrat.de. Der DBR twitert zudem unter: @dbr_info.



Foto: romaset / Adobe Stock

Auch im Gesundheitsbereich sind Menschen mit Handicap vor Diskriminierung zu schützen. Ein Topthema seit Corona ist die Triage.

Jetzt auf das E-Paper umsteigen und Tablet gewinnen!



*Unser Beitrag für die Umwelt:
Für jede 100. Anmeldung zum
E-Paper pflanzen wir mit
der Organisation „Stiftung
Unternehmen Wald“ in
Ihrem Namen einen Baum.*



Wenn Sie den digitalen Bezug wünschen, tragen Sie sich bitte unter Angabe Ihrer Mitgliedsnummer hier ein: www.sovd.de/e-paper

Die Mitgliederzeitung „Soziales im Blick“ wird Ihnen dann künftig direkt über Ihr E-Mail-Postfach zugestellt. Unter allen Anmeldungen, die bis zum 31.3.2022 bei uns eingehen, verlosen wir fünf handliche Tablets zur Lektüre Ihres E-Papers.

Dies ist ein Gewinnspiel des SoVD-Bundesverbandes. Der Rechtsweg ist bei der Teilnahme im Hinblick auf die Ziehung ausgeschlossen. Die Gewinner*innen werden informiert.

Bitte beachten Sie auch die Datenschutzerklärung auf unserer Homepage: <https://www.sovd.de/datenschutz> sowie das Impressum auf Seite 19.



**Gleich QR-Code
scannen und
anmelden!**

Pflegequalität: Transparenzgesetz notwendig

Die Wahl eines Pflegeheims ist eine wichtige und komplexe Entscheidung im Leben. Besonders schwer ist diese zu treffen, wenn verlässliche und bedarfsgerechte Informationen über die Qualität von Pflegeheimen nicht verfügbar sind. Zwar wird in Niedersachsen die Pflegequalität von den Heimaufsichtsbehörden geprüft, die Ergebnisse der Prüfungen sind Verbraucher*innen aber nicht zugänglich. Denn in Niedersachsen gibt es keine gesetzliche Regelung, die eine Veröffentlichung der Pflegequalität vorschreibt. Der SoVD in Niedersachsen kritisiert die mangelnde Transparenz und fordert, dass die Bedürfnisse von Pflegebedürftigen und deren Angehörigen einen höheren Stellenwert bekommen.

Laut einer aktuellen Analyse der Bertelsmann-Stiftung informieren die meisten Bundesländer, darunter auch Niedersachsen, nur unzureichend über die Qualität in Pflegeheimen. In Niedersachsen prüfen Heimaufsichtsbehörden die Qualität der Pflege und stellen diese sicher. Auch Meldungen über gravierende Pflegemängel in Einrichtungen werden dort gesammelt. Die ihnen vorliegenden Informationen und Beschwerden machen die Behörden allerdings nicht der Öffentlichkeit zugänglich. Denn das niedersächsische Gesetz schreibt nicht vor, dass entsprechende Qualitätsergebnisse auch veröffentlicht werden müssen.

„Es ist völlig unangemessen, dass entscheidende Informationen, auch zu schwerwiegenden pflegerischen Mängeln, unter Verschluss bleiben“, kritisiert Bernhard Sackarendt, Vorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Pflegebedürftige und deren Angehörige sollten nach Auffassung des SoVD die tatsächliche Qualität einer Einrichtung kennen. Denn bei der Entscheidung für oder gegen ein Pflegeheim seien sie auf aussagekräftige Informationen angewiesen. „Dafür brauchen wir in Niedersachsen eine gesetzliche Regelung, damit Ergebnisse der Qualitätsprüfungen an zentraler Stelle

veröffentlicht werden“, mahnt Sackarendt. In vier Bundesländern, darunter Nordrhein-Westfalen und Hamburg, werde das bereits umgesetzt.

Bedarfsgerechte Informationen bereitstellen

Auch sei es wichtig, Ergebnisse zu denjenigen Qualitätskriterien zugänglich zu machen, die für die Verbraucher*innen relevant seien. Für viele Menschen seien Umfang und Qualität der Freizeit- und Kulturangebote und das Wohlergehen der betreuten Menschen über die medizinische Versorgung hinaus sehr wichtig. Gerade Angebote zur Freizeitgestaltung bereichern das Leben in einem Pflegeheim und sollten nicht weggelassen. Deshalb ist es sehr wichtig, dass auch deren Umfang und Qualität in den Veröffentlichungen abgebildet werden.

Berichte des Medizinischen Dienstes nicht hilfreich

Zwar sind Informationen zur Pflegequalität von Pflegeheimen im Internet auffindbar. Diese erstellt jedoch der Medizinische Dienst. Dessen Qualitätsberichte sieht der SoVD kritisch, da darin viele Aspekte nur unzureichend dargelegt werden und die Ergebnisse die tatsächliche Situation in den Heimen nicht verlässlich erfassen. Das zeige sich etwa daran,

dass nahezu alle Bewertungen in einem sehr guten Bereich liegen. Der Medizinische Dienst begutachtet die Einrichtungen lediglich stichprobenartig. „Von Beschwerden und Meldungen über massive Qualitätsmängel, die es durchaus gibt, erfährt man dort nichts“, merkt Sackarendt an und ergänzt: „Die Interessen, die Wahlfreiheit und der Schutz von Pflegebedürftigen müssen deutlich stärker gewichtet wer-

den. Sie sollten einen gesetzlichen Anspruch auf transparente und gut verständliche Informationen haben.“

Vergleichbarkeit der Qualitätsergebnisse sicherstellen

Dafür sei auch notwendig, bei Prüfungen stets dieselbe Systematik anzuwenden und die Ergebnisse auf dieselbe Weise aufzubereiten. Nur so sei für die Ratsuchenden ein Vergleich der

Einrichtungen möglich. Eine zentrale Veröffentlichung der Ergebnisse könne auch dazu beitragen, dass die Arbeit des Personals in Pflegeeinrichtungen mit guter Bewertung stärker wertgeschätzt werde. Andere Pflegeheime bekämen mit der öffentlichen Sichtbarkeit ihrer Ergebnisse wiederum größere Anreize, ihre Rahmenbedingungen zu verbessern, ist sich der SoVD-Chef sicher. sam



Foto: WavebreakMediaMicro / Adobe Stock

Ist die Pflege in einem Pflegeheim gut und zuverlässig? Gab es Meldungen zu gravierenden Pflegemängeln? Wie umfangreich und attraktiv sind Freizeitangebote der Einrichtung? Ohne Transparenzgesetz sind solche Informationen für Verbraucher*innen in Niedersachsen nicht zugänglich.

Kleiner Einsatz, große Wirkung: Hinterlassen Sie bleibenden Eindruck!

SOVD

Ob praktische Helferlein im Alltag, Streuartikel für Ihren Messestand oder kleine Präsente für Technik-Freunde – in unserem Werbemittel-Shop finden Sie viele Artikel, mit denen Sie Ihre ehrenamtliche Arbeit unterstützen oder einfach anderen eine Freude machen können. Damit bleiben Sie in Erinnerung, denn – über ein kleines Geschenk freut sich jeder!

Schauen Sie vorbei, und entdecken Sie die Werbemittelwelt des SoVD:

www.sovd-shop.de



Zoom-Veranstaltung zum Thema "Triage-Situationen diskriminierungsfrei gestalten"

Welche Kriterien entscheiden im Ernstfall?

Angesichts der andauernden Pandemie und der Überlastung des Gesundheitswesens betrachten behinderte Menschen mit Sorge, dass das Höchstmaß an diskriminierungsfreier gesundheitlicher Versorgung für sie beeinträchtigt sein könnte. Nicht mehr ausgeschlossen erscheint gegenwärtig sogar, dass über die Bereitstellung intensivmedizinischer Versorgung im Rahmen einer Auswahl (Triage) entschieden werden muss.

Der Bremer Landesbe-
rdenbeauftragte Arne Fran-
enstein griff das Thema der
Triage bundesweit auf. Er lud
am 17. Januar zu einer Zoom-
Veranstaltung ein. Mehr als 400
Personen aus ganz Deutschland
nahmen an der Online-Sitzung
teil. Beteiligt hatten sich un-
ter anderem Nancy Poser (Be-
schwerdeführerin Bundesver-
fassungsgericht), Prof. Dr. Oliver
Tolmein (Kanz-
lei Menschen
und Rechte)
sowie die Mit-
glieder des
Bundestages
Corinna Rüffer
(Die Grünen), Jens Beeck (FDP)
und Hubert Hüppe (CDU).

Die Grundsituation erläu-
terte der Bremer Landesbe-
rdenbeauftragte auf seiner
Homepage: Angesichts der an-
dauernden Pandemie und der
Überlastung des Gesundheits-
wesens betrachten Menschen
mit Behinderungen mit Sorge,
dass das Höchstmaß an diskri-
minierungsfreier gesundheit-
licher Versorgung für sie be-
einträchtigt sein könnte. Nicht
mehr ausgeschlossen erscheint
gegenwärtig sogar, dass über
die Bereitstellung intensivme-
dizinischer Versorgung im Ra-
men einer Auswahl entschie-
den werden muss (Triage).

Die Debatte darüber, wie eine
Auswahl aus medizinischer und
ethischer Sicht getroffen wer-
den und wie ein Verfahren zur
Durchführung in den Kranken-
häusern aussehen kann, wurde
in Deutschland durch Empfeh-
lungen der Deutschen Inter-
disziplinären Vereinigung für
Intensiv- und Notfallmedizin
(DIVI) angestoßen. Die Emp-
fehlungen haben zu erheblicher
Kritik
und letztlich
zu einer Klage
behinderter
Menschen ge-
gen die Untätigkeit des Gesetz-
gebers vor dem Bundesverfas-
sungsgericht geführt.

Vor Kurzem wurden die Emp-
fehlungen aktualisiert. Es fin-
det sich darin der Satz, dass
eine Priorisierung aufgrund
einer Vorerkrankung oder Be-
hinderung nicht zulässig sei.
Vorerkrankungen seien nur
dann relevant, wenn sie die
Überlebenswahrscheinlichkeit
hinsichtlich der aktuellen Er-
krankung beeinflussen könn-
ten. Konkret werden nun bei-
spielhaft Erkrankungsstadien
des Herzens, der Niere oder der
Leber aufgezählt. Also solche,
die üblicherweise zu Behinde-
rungen führen.

Das Bundesverfassungsge-

richt hat in der Untätigkeit des
Gesetzgebers in einem am 28.
Dezember 2021 veröffentlichten
Beschluss einen Verstoß
gegen das besondere Benach-
teiligungsverbot behinderter
Menschen (Art. 3, Abs. 3, Satz
2, Grundgesetz) gesehen und
den Gesetzgeber verpflichtet,
unverzüglich wirksame Vor-
kehrungen zu treffen, um Men-
schen mit Behinderungen in ei-
ner pandemiebedingten Triage
nicht zu benachteiligen. Es ist
dabei zu dem Ergebnis gekom-
men, dass die Empfehlungen
der DIVI nicht ausreichen, da
sie zu einem Einfallstor für die
Benachteiligung von Menschen
mit Behinderungen werden
können, indem Behinderungen
stereotyp mit schlechten Ge-
nesungsaussichten verbunden
werden.

Jessica Schröder (Inte-
ressenvertre-
tung Selbstbe-
stimmtes Leben in Deutschland)
erstellte eine Zusammenfas-
sung der zweistündigen Veran-
staltung. Aussagen und Fazite,
zum Beispiel der Moderatorin
Sigrid Arnade (Netzwerkartikel
3), Franziska Witzmann und
Theresia Degener (Bochumer
Zentrum für Disability Studies)
sowie des Bremer Landesbe-



Foto: Tristan Vankann / fotoetage

Arne Frankestein vor den Arkaden des Bremer Rathauses.

hindertenbeauftragten, sind auf
der Homepage einsehbar.

Das Resümee von Arne Fran-
kenstein: "Von dieser Veran-
staltung geht ein eindeutiges
Signal aus: Es gibt Lösungen,
um Triage-Situationen diskri-
minierungsfrei zu gestalten. Das
Forum behinderter Juristinnen
und Juristen hat einen Vorschlag
vorgelegt, der ein gestuftes

Prüfverfahren
vorseht. Da-
bei eröffnet
der Vorschlag
die Möglich-
keit, auch andere Benachteil-
igungsrisiken auszuschließen.
Hieran werden sich andere Lö-
sungsvorschläge messen lassen
müssen. Behinderte Menschen
haben die vergangenen zwei
Jahre genutzt, um ihre Perspek-
tive auf eine der schwierigsten
gesellschaftlichen Fragen zu
schärfen. Nun ist es an den Ab-

geordneten des Deutschen Bun-
destages, ihre Willensbildung
auf Grundlage des Beschlusses
des Bundesverfassungsgerichts
zügig fortzusetzen. Hierfür soll-
ten sie dringend von Beginn an
die Perspektive behinderter
Menschen aktiv einbeziehen.
Ihnen lediglich das Recht ein-
zuräumen, in einem Gesetzge-
bungsverfahren formal Stel-
lung zu beziehen, greift zu kurz.
Die Veranstaltung hat gezeigt:
Ihre Perspektive auf das Thema
ist so zentral, dass sie von An-
fang an beteiligt werden müs-
sen. Diesen Geist atmet auch
der Beschluss des Bundesver-
fassungsgerichts."

Infos, Audio-Mitschnitt, Tran-
skript, Zusammenfassungen
und Statements sowie ein
Radio-Interview mit Arne Fran-
kenstein gibt es unter: [https://
www.behindertenbeauftragter.
bremen.de](https://www.behindertenbeauftragter.bremen.de).

Seit Januar besteht in Bremen FFP2-Maskenpflicht im öffentlichen Personennahverkehr und in Supermärkten

Masken-Zuschuss oder kostenlose Abgabe

Das Land Bremen hat zu Jahresbeginn eine FFP2-Maskenpflicht in Bus und Bahn und im Supermarkt erlassen. Das bedeutet eine finanzielle Mehrbelastung, die für Einkommensschwache oder Mittellose kaum zu stemmen ist. Zu der Problematik erhielt der Landesverband am 20. Januar eine Zitat-Anfrage von Radio Bremen.

SoVD-Landesvorsitzender
Joachim Wittrien nahm zur
FFP2-Maskenpflicht Stellung:
„Der Schutz vor Covid-19 darf
keine Frage des Geldbeutels
sein. Die Pandemie hat die Situ-
ation von Millionen Menschen,
die ohnehin am oder unter dem
Existenzminimum leben, noch
deutlich verschärft. Natürlich
ist der Schutz und die Sicher-
heit von Menschen vorrangig
– allerdings muss auch auf die
Menschen geschaut werden, die

sich den „höheren“ Schutzstatus
finanziell nicht leisten können.

Wir setzen uns entschieden
gegen die ungerecht hohe Be-
lastung der sozial benachteil-
igten Menschen in der Corona-
Pandemie ein. Es kann nicht
sein, dass Menschen, die jeden
Tag schauen müssen, wie sie et-
was zu Essen auf den Tisch be-
kommen, zwingend notwendige
Schutzausrüstung aus der eige-
nen Tasche finanzieren müssen.
Deshalb halten wir weiterhin

an unserer Forderung fest, den
Menschen, die auf staatliche
Sozialleistungen angewiesen
sind, auch monatlich einen
Ausgleichsbetrag von 100 Euro
aufgrund der pandemischen
Lage zu zahlen oder zumindest
erneut kostenfreie und geprüfte
FFP2-Masken auszugeben. Eine
Abgabe der FFP2-Masken muss
so unkompliziert wie möglich
ablaufen und eine Verteilung
an alle Betroffenen gewährleis-
tet werden."



Foto: ArTo / Adobe Stock

Ohne das Tragen einer FFP2-Maske ist die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel nicht mehr erlaubt.

Monatlicher Newsletter

Falls Sie als Mitglied daran interessiert sind, einmal monatlich zu Anfang eines Monats (außer der Sommerausgabe) den Newsletter des SoVD Bremen mit Berichten, Veranstaltungsterminen, Tipps und Tricks zu erhalten, so bitten wir Sie um einen entsprechenden Hinweis an folgende E-Mail-Adresse: newsletter@sovd-hb.de.



Glückwünsche

Allen Mitgliedern, die im März ihren Geburtstag feiern, gratuliert der SoVD-Landesverband Bremen herzlich. Wir wünschen ihnen für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem aber Gesundheit und Wohlergehen.

Allen Mitgliedern, die derzeit erkrankt sind, wünschen wir eine baldige Genesung.

Freiwillige für das Ehrenamt gesucht

Zur Unterstützung unserer Ortsverbände sucht der SoVD Bremen interessierte Menschen, die neue Kontakte knüpfen und etwas aus ihrer Freizeit machen möchten. Wenn Sie sich angesprochen fühlen, eine neue Aufgabe suchen und gerne Näheres erfahren möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle:

- Kreisverbände Bremen und Bremen-Nord: Tel.: 0421/16 38 490,
- Kreisverband Bremerhaven: Tel.: 0471/28 006.



Sozialrechtsberatung

Hier finden Sie Kontaktadressen sowie Ansprechpartner*innen des SoVD im Landesverband Bremen. Um Termine für eine Sprechstunde zu erhalten, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle!

Landesverband / Landesrechtsabteilung / Kreisverband Bremen / Kreisverband Bremen-Nord

Breitenweg 10-12, 28195 Bremen, Tel.: 0421/16 38 490, E-Mail: info@sovd-hb.de.

Kreisverband Bremerhaven

Barkhausenstraße 22, 27568 Bremerhaven, Tel.: 0471/28 006, E-Mail: kreis-bremerhaven@sovd-hb.de.

Zweite Ausgabe von "Selbst.Bestimmt"

Die neue Ausgabe des Magazins in Leichter Sprache beschäftigt sich unter anderem mit der Unterstützung für das Wohnen in einer eigenen Wohnung außerhalb einer Einrichtung, mit dem Budget für Arbeit, das einen Arbeitsplatz in der freien Wirtschaft fördert, dem Fachdienst Teilhabe im Amt für Soziale Dienste sowie mit BENi, dem Bedarfsermittlungssystem Niedersachsen/Bremen. Es wird über die Träger der Behindertenhilfe verteilt und liegt in der Stadtbibliothek und beim Quartiersmanagement in den Stadtteilen aus. Das Magazin gibt es als Download: unter <https://www.soziales.bremen.de/soziales/bthg-das-bundesteilhabegesetz/selbst-bestimmt-das-magazin-zum-bundes-teilhabe-gesetz-97185>.

Quelle: Senat für Soziales, Jugend, Integration und Sport



Foto: Rawpixel.com / Adobe Stock

Je nach Vorliebe kann die Beweglichkeit, Kraft oder Ausdauer in einem Sportkurs trainiert werden.

Die AOK Bremen bietet kostenlose Sportkurse in den Stadtteilen an

Gutscheine für die Gesundheit

Mit einem persönlichen Gutschein können AOK-Mitglieder zweimal im Jahr kostenfrei an einem Gesundheitskurs teilnehmen. Zusammen mit den AOK-Gesundheitspartnern wird eine große Anzahl von qualitätsgeprüften Kursen angeboten.

Der AOK-Gesundheitsgutschein ermöglicht den Inhaberinnen und Inhabern zweimal pro Jahr die kostenfreie Teilnahme an einem der vielen attraktiven Kurse: Kraftausdauertraining in der City, Rückenfit in Huchting, progressive Muskelentspannung in Blockdiek, Functional Training in Bremerhaven, Yoga in der Neustadt. Bei der großen Auswahl ist für jede*n das Richtige dabei. Und das ganz in der Nähe! Eine Angebotsauswahl der AOK-Gesundheitspartner in Ihrer Nähe finden Sie online unter: <https://www.aok.de/pk/bremen/landingpages/gesundheitsangebote/>.

Der AOK-Gesundheitsgutschein kann online über ein Formular angefordert werden: <https://www.aok.de/pk/bremen/inhalt/kontaktformular-gutschein-anfordern-1/>. Alternativ kann der Gutschein persönlich in den Geschäftsstellen abgeholt werden oder bestellt werden unter:

- Tel.: 0421/17 61 77 150 (Bremen) oder
- Tel.: 0471/16 77 150 (Bremerhaven).

Auf der Webseite der AOK finden Sie den Kontakt zum jeweiligen Gesundheitspartner. Einfach anmelden, dann kann es losgehen!

Der AOK-Gesundheitsgut-

schein wird zu Beginn des Kurses bei dem Gesundheitspartner abgegeben.

Wichtig: Der Kurs ist für Teilnehmer*innen kostenfrei, wenn sie an mindestens 80 Prozent der Kurseinheiten teilnehmen. Andernfalls ist der Gesundheitspartner berechtigt, der Teilnehmerin oder dem Teilnehmer die Kosten in Rechnung zu stellen.

Die Kurse richten sich grundsätzlich an gesunde Personen, die etwas für ihre Gesundheit tun möchten. Bei bestehenden gesundheitlichen Beschwerden halten Sie bitte zunächst Rücksprache mit Ihrem Arzt.

Quelle: AOK Bremen



Termine

Die Veranstaltungen finden unter den aktuellen Pandemiebedingungen statt. Wir bitten um Beachtung der separat abgedruckten Tagesordnungspunkte.

Ortsverband Osterholz

14. März, 15 Uhr: Mitgliederversammlung mit Wahlen, Nachbarschaftstreff Am Siek 43, 28325 Bremen. Anmeldung bei Fred Schweinoch unter Tel.: 0421/47 11 60 oder E-Mail an: fredsweinoch@sovd-hb.de.

Ortsverband Vegesack

12. März, 16 Uhr: Mitgliederversammlung mit Wahlen, "Zum Alois", Breite Str. 12, 28757 Bremen, Anmeldung bei Herrn Berger bis zum 8. März erbeten unter Tel.: 0421/60 07 315.

Ortsverband Lesum

18. März, 15.30 Uhr: Mitgliederversammlung mit Wahlen im Lesumer Hof, Oberreihe 8, 28717 Bremen, Anmeldung bis 11. März an Herrn Röpke per E-Mail an:

Reinhard.Roepke@gmx.de.

Ortsverband Blumenthal-Farge

25. März, 15 Uhr: Mitgliederversammlung mit Wahlen, "Zum Grünen Jäger," Farger Straße 100, 28777 Bremen. Anmeldung bis zum 19. März bei Herrn Franzke unter Tel.: 0421/43 10 177 erbeten.

Ortsverband Bremerhaven-Geestemünde

25. März, 14.30 Uhr: Mitglie-

dersammlung mit Wahlen, Ernst-Barlach-Haus, Holzhafen. Anmeldung bis zum 21. März bei Karin Michaelsen unter Tel.: 0471/55 222.

Ortsverband Süd

9. April, 10 Uhr: Mitgliederversammlung mit Wahlen, Forum Rotes Kreuz, St. Pauli Deich 24, 28199 Bremen, Anmeldung bei Erhard Flemming, Tel.: 80 90 521 oder per E-Mail an: erhardflemming@sovd-hb.de.

Tagesordnungspunkte

- Entgegennahme der Berichte des Vorstandes und der Revisorinnen und Revisoren,
- Beschlussfassung über Anträge und Beschwerden an den Kreisvorstand und an die Kreisverbandstagung,
- Wahl des Ortsvorstandes,
- Wahl der Revisorinnen und Revisoren,
- Wahl der Delegierten zur Kreisverbandstagung,
- Entlastung des Ortsvorstandes.

Steigende Preise bringen Bedürftige immer mehr in Bedrängnis

Kaum noch Geld fürs Essen

Menschen, die in Hamburg wohnen und nur wenig zum Leben haben, müssen sich immer mehr einschränken. Alles wird teurer, die Inflationsrate liegt derzeit bei über vier Prozent. Vor allem die kalte Jahreszeit belastet die Portemonnaies der Hamburger*innen, denn sie müssen für Energie und Strom deutlich mehr ausgeben.

„Zum hohen Preisniveau kommt aktuell eine steigende Inflation, die vor allem diejenigen trifft, die nur wenig haben. Auch für das laufende Jahr müssen wir mit einer Inflationsrate bis zu fünf Prozent rechnen. Das muss die Politik in der Stadt zur Kenntnis nehmen und Erleichterungen schaffen. Ich denke da an einen Zuschuss zur Grundsicherung im Alter. Geringverdiener*innen und finanzschwache Familien sollten Unterstützung durch ein Wohngeld bekommen“, fordert der Hamburger SoVD-Landesvorsitzende Klaus Wicher. Auch eine Reduzierung der Mehrwertsteuer wäre eine Maßnahme, die entlasten würde.

Laut Heizspiegel steigen die Preise für Fernwärme um neun Prozent, bei Erdgas sind es 13 und bei Heizöl sogar 44 Prozent. „Das bedeutet für Mieter, dass sie bis zu 15 Prozent zusätzlich zu den bisherigen Heizkosten einplanen müssen. Das ist für die Hamburger mit kleinem Einkommen ein richtig dickes Brett und bedeutet, dass sie die Kosten an anderer Stelle einsparen müssen“, stellt Wicher klar.

Ebenso große Sorgen bereiten ihm die steigenden Preise für Lebensmittel: „Kaffee kos-



Foto: New Africa / Adobe Stock

Immer mehr Menschen sind auf Lebensmitteltafeln angewiesen.

tet über 30 Prozent mehr, vor allem für Brot und Gemüse muss man heute ein Viertel mehr ausgeben als vor einem Jahr“, sagt Wicher. Immer mehr Menschen wüssten nicht mehr weiter und versorgten sich bei den Tafeln: „Dort stehen nicht nur immer mehr Hartz-IV-Empfänger*innen in der Schlange, sondern auch die Verlierer*innen der Corona-Krise, nämlich diejenigen, die von Kurzarbeitergeld leben mussten sowie Senior*innen, die eine kleine Rente haben oder von Grundsicherung leben.“

Die Erhöhung des Hartz-IV-Satzes zum Jahresbeginn

um knauserige drei Euro im Monat sei ein Affront für die Betroffenen: „Hier geht es um eine Erhöhung um schmale 0,75 Prozent. Dies kompensiert nicht mal die Inflation und ist aus meiner Sicht schlicht und einfach eine Kürzung durch die Hintertür. Schon deshalb muss Hamburg ein Signal setzen, das soziale Kompetenz zeigt. So, wie es München schon seit Jahren macht, muss auch der hanseatische Senat in die Schatulle greifen und den Hartz-IV-Satz aus eigenen Mitteln aufstocken, zumindest für die Grundsicherungsempfänger*innen im Alter!“

Arbeitsgespräch des SoVD Hamburg mit der Grünenpolitikerin Filiz Demirel

Austausch zum Thema Arbeit

Corona und seine Auswirkungen, Fachkräftemangel und vor allem die Langzeitarbeitslosigkeit standen im Fokus eines politischen Treffens Klaus Wichers mit den Hamburger Grünen. Die arbeitspolitische Sprecherin der Partei, Filiz Demirel, war seine Gesprächspartnerin.

Der SoVD-Landesvorsitzende tauschte sich zu allen aktuellen Aspekten des Arbeitsmarktes mit der Hamburger Bürgerschaftsabgeordneten und arbeitsmarktpolitischen Sprecherin Filiz Demirel aus. Klaus Wicher zeigte sich im Anschluss sehr zufrieden: „Wir waren uns absolut einig, dass wir beim Aufbau eines sozialen Arbeitsmarktes weiterkommen müssen. Hierzu wird sich der SoVD Hamburg in Zukunft verstärkt mit den Grünen austauschen und Entwicklungen anschieben.“



Foto: Büro Demirel

Filiz Demirel und Klaus Wicher diskutierten miteinander.



Ansichten

Liebe Mitglieder,

Sozialrecht ist was für Spezialist*innen. Unsere Jurist*innen beschäftigen sich ausschließlich mit dieser schwierigen Materie. Sie bilden sich laufend fort – und deswegen sind Sie bei uns in guten Händen. Corona lässt uns nicht los. Wir beraten und vertreten Sie trotzdem, per Telefon und Video. Per E-Mail sind wir sogar rund um die Uhr für Sie erreichbar.



Klaus Wicher

In diesem Jahr beginnen wieder die Haushaltsberatungen für den nächsten Doppelhaushalt der Stadt. Selbstverständlich werden wir unsere Anliegen und Forderungen an die politischen Parteien und den Senat herantragen und Gespräche dazu anbieten.

In unseren sozialpolitischen Leitlinien haben wir aufgeschrieben, was wir mittelfristig vom Senat erwarten. Auf unserer Webseite www.sovd-hh.de finden Sie alles dazu. Corona hat vielen Menschen sehr viel abverlangt, wir werden klarmachen, was ganz kurzfristig erfolgen muss, damit niemand zurückgelassen wird. Ich möchte unsere wichtigsten Forderungen kurz formulieren:

- Die Digitalisierung muss in allen Bereichen unseres Lebens vorkommen. Dies bedeutet nicht nur, dass alle die Möglichkeit haben, daran teilzuhaben, man muss sie sich auch leisten können. Kinder und Jugendliche müssen sich unabhängig davon, was die Eltern verdienen, leistungsfähige Laptops und Handys anschaffen können. Wer bedürftig ist, muss dafür einen laufenden Zuschuss bekommen.
- Die Grundsicherung im Alter braucht dringend eine Aufstockung aus Hamburger Mitteln.
- Parallel dazu sollte die Stadt den Aufbau von Quartierszentren für Seniorinnen und Senioren voranbringen.
- Pflegebedürftige Menschen dürfen nicht in die Grundsicherung fallen. Ihnen würde es helfen, wenn der Senat die „Kaltmiete“ für die Unterbringung wieder übernimmt, so wie es in NRW, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern die Regel ist.
- Preiswerter Wohnraum muss erhalten und neu geschaffen werden. Wir brauchen mindestens 5.000 neue Sozialwohnungen pro Jahr, der Mietpreisanstieg muss gestoppt werden.
- Langzeitarbeitslosen muss der Weg aus der Arbeitslosigkeit durch den sukzessiven Aufbau eines sozialen Arbeitsmarktes mit 5.000 Arbeitsplätzen unter Beteiligung der Beschäftigungsgesellschaften geebnet werden.

Es kommen noch viele Punkte dazu. An welchen Stellen wir unsere Forderungen durchsetzen können – wir werden weiter darüber berichten.

Ihr Klaus Wicher, 1. Landesvorsitzender

Ämter nicht erreichbar

Während der Pandemie sind die Hamburger Ämter teilweise lange geschlossen, sodass es Hilfesuchenden so gut wie unmöglich ist, ihre Anliegen persönlich vorzutragen.

Immer wieder berichten Betroffene in der Sozialrechtsberatung des SoVD davon, dass ihre Antragsteller*innen nicht ansprechbar sind. „Unsere Juristen*innen haben da natürlich ein anderes Standing, sie dringen bei den Ämtern deutlich besser durch. Deswegen empfehlen wir Betroffenen: Wenden Sie sich an uns, wenn Sie mit Ihren Anliegen gar nicht weiterkommen. Im Einzelfall muss die Stadt den Mitgliedsbeitrag für den SoVD sogar übernehmen. Sprechen Sie uns gerne an!“, rät Landesvorsitzender Klaus Wicher.

Subventionen für das Schulessen gestrichen

80 Euro mehr pro Monat

Seit Anfang Februar müssen Hamburgs Schüler*innen mehr für ihre Mittagsmahlzeit in der Schule bezahlen: Statt 3,50 kostet sie jetzt 4 Euro. Auch Kinder und Jugendliche aus bedürftigen Familien, die auf weiterführende Schulen gehen, müssen jetzt dafür bezahlen, weil der Senat die Subventionen zum Teil gestrichen hat.

Für Grundschüler*innen, die aus bedürftigen Familien kommen, ist das Schulessen weiterhin kostenlos. Größere Kinder und Jugendliche, die auf weiterführende Schulen gehen, müssen jetzt allerdings selbst dafür aufkommen: „In deren Familien muss mit jedem Cent gerechnet werden. Vier Euro pro Kind, pro Schultag – das läppert sich schnell und bedeutet rund 80 Euro pro Kind an Mehrausgabe im Monat. Das werden viele nicht hinbekommen und es bedeutet, dass diese Kinder, die es sowieso schwerer haben als ihre Mitschüler*innen, jetzt auch beim Essen außen vor bleiben. Nicht daran teilhaben zu können, grenzt aus meiner Sicht Kinder und Jugendliche aus Hartz-IV-Familien unnötig aus“, sagt Landesvorsitzender Klaus Wicher.

Mit dieser Änderung nehme die Hamburger Regierungskoalition bewusst in Kauf, dass gerade diejenigen, die sowieso schon durch Armut belastet sind, wieder stärker benachteiligt werden: „Häufig ist das Schulessen die einzige gesunde, warme Mahlzeit, die sie am Tag zu sich nehmen können. Außerdem treffen sich alle Schüler*innen in der Mensa. Wer nicht dabei sein kann, ist auch sozial abgehängt. Die Stadt sollte diese Kinder besser schützen, und sicherstellen, dass allen Schüler*innen aus bedürftigen Familien, unabhängig von der Schulform, das Schulessen finanziert wird.“

SoVDigital – dieses Mal geht es ums Ehrenamt

Per Zoom live dabei

Die Hamburger SoVD-Mitglieder rücken enger zusammen – SoVDigital macht's möglich. Jeden ersten Dienstag im Monat lädt Moderator Werner Hansen von 18 bis 19.30 Uhr zum digitalen Austausch im Internet ein.

Bei SoVDigital trifft man sich im kleinen Kreis, tauscht sich bei Fragen im Umgang mit Laptop und Smartphone aus und erfährt das Neueste aus dem Verband.

„Darf ich helfen“ heißt es am 1. März, wenn Werner Rowoldt aus dem SoVD-Landesvorstand zu Gast ist. Er freut sich auf eine angeregte Diskussion zum Thema Engagement und Ehrenamt. Alles, was zur Teilnahme nötig ist, sind wahlweise ein PC, Laptop, Notebook, Tablet oder Smartphone und die „Zoom“-App, die kostenlos im Internet heruntergeladen werden kann. Bei Problemen mit der Einrichtung hilft die Initiative gerne. Die Anmeldung erfolgt bei Thomas Bohn unter Tel.: 040/61 16 07 41 oder per E-Mail an: anmeldung@sovd-hh.de. Im Anschluss erhalten die Teilnehmer*innen einen Zugangslink.



Foto: S. Rahlf

Werner Rowoldt

Sozialrechtsberatung

Der SoVD Hamburg berät weiter – trotz Corona. In jedem Fall finden Sie in der Landesgeschäftsstelle in Barmbek Hilfe und Beratung. Bevor Sie sich zu uns auf den Weg machen, rufen Sie uns an oder schicken Sie uns eine E-Mail.

Bei Redaktionsschluss war leider nicht bekannt, welche unserer weiteren Beratungsstellen aufgrund der aktuellen Corona-Entwicklung geöffnet sind. Die aktuellen Öffnungszeiten erfragen Sie bitte unter Tel.: 040/61 16 07 0, oder sehen Sie auf unserer Webseite nach: www.sovd-hh.

- **SoVD-Beratungszentrum, Landesgeschäftsstelle,** Pestalozzistraße 38, 22305 Hamburg, Tel.: 040/61 16 07 0, E-Mail: info@sovd-hh.de.

Berufliche Reha-Maßnahmen steigern die Chancen von Langzeitarbeitslosen

Teilhabechancengesetz nutzen!

Fachkräfte sind Mangelware, in vielen Branchen fehlen an allen Ecken und Enden Mitarbeiter*innen. Trotzdem tut sich in der Gruppe der Langzeitarbeitslosen relativ wenig. Der SoVD Hamburg fordert mehr berufliche Reha-Maßnahmen, um ihre Chancen auf einen Job deutlich zu verbessern.

Klaus Wicher fordert Zugeständnisse: „Ich wünsche mir ein deutliches Bekenntnis von unserer Sozialsenatorin, die die Themen Arbeitslose im Hartz-IV-Bezug, Teilhabechancengesetz und behinderte Menschen bisher nur stiefmütterlich behandelt.“

Gerade einmal 1.500 Langzeitarbeitslose hat das Teilhabechancengesetz seit 2019 in Hamburg in Beschäftigung gebracht – das ist aus Wichers Sicht viel zu wenig! Die Sozialbehörde habe an dieser Stelle kein Problembewusstsein: „Gerade hat sie angekündigt, 112 neue Jobs für dieses Jahr zu schaffen, die aller Wahrscheinlichkeit nach aber alle bei stadteigenen Betrieben entstehen werden. Die freie Wirtschaft dagegen zahlt lieber eine Strafe als einen langzeitarbeitslosen oder behinderten Menschen einzustellen. 112 Jobs bei mehr als 47.000 Arbeitslosen im Hartz-IV-Bezug – damit kann man sich nicht wirklich brüsten.“

Besonders schwierig sei die Lage für Menschen mit Behinderungen. „Die Betroffenen sollten mehr von Bundes- und Landeshilfen profitieren können, denn gerade sie brauchen besonders dringend Unterstützung und Coaching. Darauf sind unsere erfahrenen Beschäftigungsträger und berufliche Reha-Einrichtungen wie das Berufsförderungswerk (BFW) spezialisiert. Leider hat sich die Stadt vom BFW getrennt – aus meiner Sicht war das ein kapi-



Foto: auremar / Adobe Stock

Mit individuellem Coaching und Beratung haben auch Langzeitarbeitslose eine Chance, wieder eine feste Arbeit zu finden.

taler Fehler!“

Um den Kampf gegen Langzeitarbeitslosigkeit effektiver zu machen, fordert Wicher von der Stadt: „Nutzen Sie das Teilhabechancengesetz und bauen Sie einen eigenen sozialen Arbeitsmarkt mit langfristig 5.000 Arbeitsplätzen auf, damit mehr arbeitslose Menschen im Hartz-IV-Bezug und ihre Familien endlich eine berufliche und gesellschaftliche Perspektive haben!“

Wer lange arbeitslos sei, habe es schwer, wieder in einen Arbeitsalltag zu kommen. Hier greift nun das Teilhabechancengesetz: „Mit Blick auf das Alter und die Lebensbedingungen wird jede*r individuell gefördert, mit Coaching sowie sozialpädagogischer, psychologischer und medizinischer Unterstützung.“ Darüber hinaus wirbt Wicher für mehr Flexibili-

tät am Arbeitsplatz: „Vor allem Menschen mit Behinderungen brauchen Jobs, die ihren Fähigkeiten angepasst sind sowie Arbeitgeber, die bereit sind, Arbeitsplätze flexibel zu gestalten.“



Foto: Gina Sanders / Adobe Stock

Menschen mit Behinderungen finden besonders schwer eine Arbeitsstelle.

Jahreshauptversammlungen

In den Ortsverbänden finden derzeit die Jahreshauptversammlungen statt. Bitte beachten Sie die zu diesem Zeitpunkt geltenden Hygieneregeln.

Ortsverband Wandsbek

2. März, 13 Uhr: Restaurant Jannis, Waldorfer Straße 115. Manfred Stanek erwartet seine Mitglieder.

Ortsverband Iserbrook / Finkenwerder

11. März, 15 Uhr: Restaurant Zorbas, Heidrehmen 23. Jürgen Schleizer leitet die Veranstaltung.

Ortsverband Lohrbrügge

12. März, 15 Uhr: Restaurant

Holstenhof, Lohrbrügger Landstraße 38. Heinz Reimer erwartet die Mitglieder.

Ortsverband Rahlstedt

15. März, 15 Uhr: Sozialer Dienst Karin Kaiser, Rahlstedter Straße 187 b. Marlies Bussian freut sich auf die Mitglieder.

Ortsverband Bahrenfeld

17. März, 15 Uhr: Nachbarschaftstreff Bahrenfelder Dreieck, Woyrschweg 21/23. Marianne Neumann leitet die Veranstaltung.

Ortsverband Niendorf / Schnelsen

24. März, 15 Uhr: Hotel „Zum Zeppelin“, Frohmestr. 123. Mi-



Foto: Susanne Rahlf

In den Ortsverbänden stehen Jahreshauptversammlung an.

chael Burkhard erwartet die Mitglieder.

Ortsverband Eimsbüttel

7. April, 16 Uhr: Vereinsgaststätte des TSV Stellingen, Sportplatzring 47, 22527 Hamburg.

sovd.de/altersarmut-check

sovd.de/rentenrechner

sovd.de/pflegegradrechner

sovd.de/widerspruchstool

Online-Tools des SoVD

Foto: sururu / Adobe Stock

Anzeigen

Harz

Bad Lauterberg FeWo, 50 m², 2-3 Pers. Balkon, TV, ab 25,-€, Gerlach ☎ 0 55 24 / 806 98

Bad Lauterberg 3*** FeWo, Kolb.-TV, Sep.-Eing., Ruh.Lage, 2 Pers., ab 30,-€/Tag ☎ 0 55 24 / 16 30

Weserbergland

Hotel-Pension „Resi“ Inh. Markus Weber Am Kreuzberg 2 37688 Beverungen
Zim., Du/WC, TV, Radio, Tel., teils Balk., Hallenbad, Solar., Liegew.-Terr., Herrliche Rad- und Wanderwege.
So.-Fr. 5x ÜHP 255€ p.P., Oster Urlaub 10x ÜHP 520€ p.P.
Weitere Angebote auf Anfrage.
☎ 0 52 73 / 13 97 • www.hotel-pension-resi.de

Gesucht & Gefunden

Bin 8 J. Witwe und 83 J. alt. Bin durch Corona das Alleinsein Müde u. wünsche mir einen Partner, für gute Unterhaltungen und Ausfahrten rund um Bremerhaven bevorzugt. ☎ 0172/65 12 000

Treppenlift
Service & Montage übernimmt unser Hersteller
Auch zur Miete
► Service bundesweit
► Kurze Lieferzeiten
► Sehr preiswert
Neu oder gebraucht
Rufen Sie uns kostenlos an
0800 - 55 33 112
www.minova-lift.de

Ihr Anzeigenvermarkter der SoVD Zeitung!

agentur neun
• Onlinemarketing
• Mediaplanung
• Kooperationsmarketing
Anspruchspartner
Agentur Neun GmbH
Aniko Brand-Lehmann
Pforzheimer Straße 132
76275 Ettlingen
Telefon: 07243/ 53 90-288
E-Mail:
aniko.brand-lehmann@agenturneun.de

Teutoburger Wald

Bad Salzuffen FeWo an der Promenade, 1A Lage, privater Garten, überdachte Terrasse.
☎ 0 52 22 / 1 52 17 | lewobadsalzuffen@gmail.com

Bayerischer Wald

Angebot gültig bis 30. April 2022
Urlaubs-Hotel Binder
So muss Urlaub sein!
5 ÜN pro Person ab 305,- inkl. Halbpension PLUS
mit Frühstücksbuffet, Mittagsimbiss, Kaffee & Kuchen, abends 3 Gänge-Menü
Gr. Hallenbad 32°C, 6 Saunen, Fitness
Urlaubs-Hotel Binder, Alfred Binder
Freihofer Straße 6, 94124 Büchlberg
Tel. 08505 / 90070, info@hotelbinder.de
www.hotelbinder.de

Naturpark Spessart

Barrierefrei | Panoramalage | Lift | Hallenbad Infrarot | Sauna | Dampfbad | Kegelbahn | Biergarten
Staat. anerkt. Erholungsort | 90 km Wanderwege
Livemusik | Grillen | Bingo | Beste Ausflugsmöglichkeiten, viele EZ. HP ab 53€. *Prospekt anfr.*
Landhotel Spessartruh, Wiesenerstr.129 | 97833 Frammersbach
Tel. 09355-7443 | Fax -7300, www.landhotel-spessartruh.de

Polnische Ostsee

Speziell für den SoVD inklusive Haustürabholung*
Kur und Vital Reiseservice GmbH - 26197 Ahlhorn 04435 - 953 88 60

14 Tage Kur . poln. Ostsee, Swinemünde / Kolberg
Hotel, Strandnähe, Schwimmbad/Sauna, ÜF/HP, Fahrstuhl,
2 Anwendungen p. Werktag, Termine ganzjährig
(Standard bis gehobene Hotels) 14 Tg. p.P./DZ, 59€ Verlängerung mögl. / EZ ab 10 € p.N.
* Haustürabholung: PLZ 0-5 inklusive, PLZ 6-9 auf Anfrage

Neu 2 Wochen Kombi-Reisen Mai / Okt. 2022 Neu

6 Tage Erlebnis in den Masuren

- An- und Abreise im modernen Reisebus
- deutschsprachige Reiseleitung während der gesamten Reise
- Begrüßungscocktail
- 1x Zwischenübernachtung/Frühstücksbuffet, HP im guten Mittelklassehotel im Raum Stettin/ Kolberg
- Stadtrundfahrt in Danzig
- 5 Übernachtungen/Frühstücksbuffet im Hotel Mazur in Piecki/Masuren
- 5 x Abendessen als 3-Gang Menue oder Buffet
- Ausflug zur Wolfsschanze u. Heilige Linde inkl. Eintrittsgeld
- Schiffstour nach Nikolaiken, Besuch Kloster der Altgläubigen, Besuch Museum Erich Wichert,

plus 8 Tage Entspannung an der Ostseeküste

- 7x Übernachtung im Kurhotel an der polnischen Küste
- 6x Frühstücksbuffet
- 6x Abendessen als 3- Gang Menue oder Buffet
- Wechselndes Abendprogramm
- Eingangsbesprechung für die Kuranwendungen
- 2 Anwendungen/Werktag nach Eingangsgespräch

Superangebot 14 Tage Gesamtpreis nur 1.199,- €
p.P./DZ EZ ab 10 € p.N. inkl. Haustürabholung PLZ 0-5 PLZ 6-9 mit Aufschlag
Weitere Kombi Reisen
• Danzig mit poln. Ostsee
• Breskau und Zakopane mit Bad Flinsberg
Fordern Sie unsere Prospekt an kurundvital@preiswerte-kurreisen.de

Neu Langzeiturlaub Neu Wir planen gerne Ihre Gruppenreisen

Osterverlosung, jedes Mitglied kann an der Osterverlosung Kurreise teilnehmen!!
Gewinner wird in der Mai Ausgabe bekannt gegeben

Nord-/ Ostsee

Büsum* FeWo-2Pers. 38qm/FeWo-4Pers. 50qm, Kü, Woz., SZ., D-Bad, Balkon, Garten, Fahrräder, Stellpl., TV uvm. ☎ 0174/611 30 66**

FeWh. in Husum, strandnah, für 2-4 Personen 50,- € pro Tag ☎ 0 48 41 / 6 39 87
www.jacobs-ferienwohnung.de

Kaiserbad Heringsdorf/Ostsee-Ferienwohng. strandnah Garten Hunde willkommen freie Termine ab 75 € ☎ 0163/4296397

Nordseebad Burhave FeWo 2P, Hallenbad, barfr.Duschbad, Sauna ☎ 0 47 33 - 910 999 2**

Nord-Ostsee-Kanal! Meist befahrene Wasserstraße der Welt. Fewos, Dachterr., Badesees. Hauspr. ☎ 0 48 35 / 13 00, landhausamgrahof.de

BÜSUM, DZ u. EZ, TV, Garten, zentr. Lage + UF 20,- €. ☎ 0160 / 171 44 38

(K)Urlaub u.a. Rügen, Usedom, Kolberg, Marienbad, 14 Tg., HP, 30 Anwd., Hausabholung ab € 366,- ☎ 0 52 51 / 390 900, JAWA-Reisen.de (GmbH) Gierstraße 20, 33098 Paderborn

NORDSEE: 2NR-Fewos, sep. Eingang, Garage 2 Schlafzimmer, Hausprosp. ☎ 0 48 46 / 29 1

Urlaub mit dem Hund Ostsee/ Ferienhaus nahe Kiel, Grundstück eingezäunt, Strand ca. 300m, ab € 75,- p.T., ☎ 01 70 / 350 11 74

Haby: 6 km bis Eckernförde, 2-4 Personen, Balkon u. Terrasse, 60€/ Nacht, inkl. Bettwäsche, Handtücher, Endreinigung, 2G, keine Haustiere ☎ 0151/565 877 00

BÜSUM, 3 DZ mit Farb-TV und 1 FeWo. Kühlschrank, Garten. ☎ 0 48 34 / 84 93

BÜSUM, **-Fewo, 1 - 3 Personen, 5 min. z. Strand u. Ortskern, Flachbild-Kabel-TV, NR, keine Haustiere, ab 29,- €** ☎ 0 48 34 / 2611 • www.haus-corinna.de

Kurz vor Bremerhaven: Ferienwohnung 2-4 P., 50,- die Nacht, Endreinigung 30,- Bettw. + Handt. vorhanden ☎ 0171 / 2337 304

Alt Duvenstedt, Naturpark Hüttener Berge nahe an der Ostsee: Fe.Wo.66m², Kü., Woz, Sz, Bad, 2 Per. ☎ 04338/999818

Scharbeutz/Timmendorfer Strand - Fewo 39 bis 69,- € 5 Gehm./Strand - Abh. v. Bhf. - Tel. 04503 - 73 647



Tipp für Kinder



Rolands Rätselecke

Grimm und Möhrchen

Herrn Grimm gehört der kleine Buchladen im Dorf. Das trifft sich gut, denn er liebt Bücher. Manchmal schreibt er sogar selbst welche. Dann allerdings steht an einem regnerischen Tag der kleine Zesel Möhrchen in der Tür (ja, Zesel gibt es wirklich!). Der hat nach Herrn Grimm gesucht, damit dieser ihre gemeinsame Geschichte aufschreiben kann. Fortan bringt Möhrchen Grimms Leben ordentlich durcheinander. Denn mit so einem Zesel kann auch ganz Alltägliches wie Radfahren oder Puddingkochen zum Abenteuer werden.



Stephanie Schneider: *Grimm und Möhrchen – Teil 1: Ein Zesel zieht ein*. Der Audio Verlag, ungekürzte Lesung mit Boris Aljinovic, 2 CDs, ab 5 Jahren, ISBN: 978-3-7424-2259-0, 12 Euro.

Möchtet ihr die vorgestellte Geschichte gewinnen? Dann löst schnell die Aufgabe aus „Rolands Rätselecke“! Die richtige Lösung schickt ihr unter dem Betreff „Grimm und Möhrchen“ entweder per E-Mail an: redaktion@sovd.de oder mit dem gleichen Stichwort per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. März.

Es war einmal – ein Rätsel

„Knusper, knusper, knäuschen, wer knuspert an meinem Häuschen?“ Kommt euch dieser Spruch bekannt vor? Dann könnt ihr womöglich auch die folgenden Rätselfragen knacken. Die Buchstaben hinter der richtigen Antwort ergeben nacheinander gelesen das gesuchte Lösungswort. In diesem Sinne: „Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist am klügsten im ganzen Land?“

1. Was verlor Aschenputtel auf dem Fest beim König?

- einen Schuh (R)
- einen Ring (T)
- einen Schlüssel (K)

2. Welche Leistung zeichnete das tapfere Schneiderlein aus?

- Acht über Nacht (E)
- Drei nebenbei (I)
- Sieben auf einen Streich (A)

3. Wo traf die Prinzessin den Froschkönig?

- am See (S)
- im Wald (L)
- am Brunnen (P)

4. Wie hieß der Zwerg, der Stroh in Gold verwandeln konnte?

- Pumuckl (O)
- Rumpelstilzchen (U)
- Gimli (A)

5. Woraus besteht das Haus der Hexe im Märchen „Hänsel und Gretel“?

- aus Lebkuchen (N)
- aus Keksen (Z)
- aus Schokolade (M)

6. Womit wollten Esel, Hund, Katze und Hahn gemeinsam in Bremen Geld verdienen?

- Schauspielerei (P)

- Tanz (J)
- Musik (Z)

7. Welches Tier lässt sich mit dem Hasen auf ein Wettrennen ein?

- Kuckuck (I)
- Esel (Ö)
- Igel (E)

8. Wie heißt die Schwester von Rosenrot?

- Schneewittchen (D)
- Schneeweißchen (L)
- Schneeflöckchen (S)



Grafik: Christine Wulf/Adobe Stock



Voll durchgeblickt

„Wir sind unterschiedlich – unsere Socken auch“



Fotos: Seventyfour / Adobe Stock

Bei Menschen mit Down-Syndrom ist das Chromosom 21 dreimal vorhanden. Am 21.3. stehen daher ihre Wünsche im Mittelpunkt.

Jeweils am 21. März findet der Welt-Down-Syndrom-Tag statt. Dieses Datum soll auf die Wünsche und Anliegen von Menschen mit Behinderungen aufmerksam machen. Vor einigen Jahren gab es hierzu die Idee, an diesem Tag zwei Strümpfe anzuziehen, die eigentlich nicht zusammenpassen. Das Motto der Aktion damals lautete: „Wir sind alle unterschiedlich – unsere Socken sollten es auch sein!“

Es lässt sich nicht in wenigen Sätzen erklären, was bei unserer Geburt alles eine Rolle spielt. Einfach ausgedrückt sind wir das Ergebnis von vererbten Informationen, die von unserer Mutter und von unserem Vater stammen. Diese Erbanlagen sind in unseren Körperzellen gespeichert, und zwar auf sogenannten Chromosomen.

Der Arzt und Apotheker John Langdon Down beschrieb als Erster eine Form des geistigen

und körperlichen Andersseins, bei dem diese Chromosomen eine wichtige Rolle spielen. Nach ihm wurde daher das Down-Syndrom benannt.

Bei Menschen mit diesem Syndrom gibt es das Chromosom mit der Nummer 21 oder auch nur Teile davon nicht wie üblich zweimal, sondern gleich dreimal. Das nennt man dann Trisomie 21. Durch diese überzähligen Informationen gerät – auch wieder einfach ausge-

drückt – bei der „Bauanleitung“ eines Menschen so einiges durcheinander.

Betroffenen liegt daher am Welt-Down-Syndrom-Tag eine Botschaft besonders am Herzen: Sie lieben das Leben und ihre Eltern lieben sie. Das ist ihnen wichtig, weil werdende Eltern oftmals Angst vor einem Leben mit Trisomie 21 haben. Sie entscheiden sich dann während der Schwangerschaft gegen ein Kind mit Down-Syndrom.

Sag mal, Charlotte, hast du eine Ahnung, wo sich Malte rumtreibt?

Wir haben verstecken gespielt, aber ich habe ihn bisher nicht gefunden.

Vorhin habe ich ihn noch im Badezimmer gesehen.

Im Badezimmer? Oh nein!

Heh, wer hat die Tür zugemacht – und wo kommt auf einmal das Wasser her? Ich will hier raus!

Fotos: Africa Studio, Andrey Popova / Adobe Stock; Montage: SoVD

 **Zeitmaschine**

Die Erfindung des Horrorfilms

Am 4. März 1922 kam der expressionistische Stummfilm „Nosferatu – Eine Symphonie des Grauens“ in die Kinos der Weimarer Republik. Mit dem Schauspieler Max Schreck in der Rolle des blutsaugenden Grafen Orlok legte Regisseur Friedrich Wilhelm Murnau damals den Grundstein für ein neues Genre. Der nicht autorisierten Verfilmung des Romans „Dracula“ war jedoch kein Glück beschieden: Wegen der Verletzung von Urheberrechten ordnete ein Gericht die Vernichtung aller Kopien des Films an.

Als das Kino quasi noch in den Kinderschuhen steckte, fanden sich im deutschen Stummfilm viele Märchen und Legenden wieder, die geeignet erschienen, den Zuschauer*innen einen angenehmen Schauer über den Rücken zu jagen. Mit „Nosferatu“ erschien dann jedoch eine Figur auf der Leinwand, die alle bisher gekannten Schrecken in den Schatten stellte. Der hoch gewachsene und glatzköpfige Graf Orlok wirkte nicht allein durch seine buschigen Augenbrauen und seine Fledermausohren überaus abstoßend. Er hatte zudem riesige Krallenhände, mit denen er nach seinen Opfern griff.



Foto: United Archives International/imago

Zwar lehrt uns in „Nosferatu – Eine Symphonie des Grauens“ der schaurige Graf Orlok (Max Schreck) das Fürchten. Die Parallelen zu „Dracula“ von Bram Stoker waren jedoch unübersehbar.

Gilt der Film heute auch als Meisterwerk und als stilbildend für ein ganzes Genre, so war seine Entstehungsgeschichte überaus holprig. Zwar gab man bereits im Vorspann zu, den Stoff frei nach „Dracula“ von Bram Stoker verfasst zu haben, rechnete aber wohl nicht mit

den Folgen dieses Eingeständnisses. Die Witwe des Schriftstellers verklagte die Produktionsgesellschaft und erwirkte vor Gericht den Beschluss, dass diese alle Filmkopien vernichten müsse. Glücklicherweise galt dies jedoch nicht für die

bereits ins Ausland verkauften Versionen. So erklärt es sich, dass ein vor hundert Jahren uraufgeführtes Meisterwerk des expressionistischen Kinos erhalten blieb. Noch heute ist es regelmäßig auf der Leinwand zu bewundern.

 **Buchtipps**

Ricardo Lange: Intensiv

Der Intensivpfleger Ricardo Lange liebt seinen Beruf – und er hadert mit ihm. So sehr, dass er seinem Ärger über die Missstände in der Pflege eines Tages Luft machte und an die Öffentlichkeit ging. Deutschlandweite Berühmtheit erlangte er, als er vom damaligen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn zur Bundespressekonferenz eingeladen wurde und dort über den ganz normalen Alltag im Krankenhaus sprach: die katastrophalen Arbeitsbedingungen, die permanente körperliche und emotionale Überlastung, den unerträglichen Personalmangel.

In seinem Buch beleuchtet Ricardo Lange gemeinsam mit Jan Mohnhaupt viele wunde Punkte. Sie machen sich Gedanken darüber, welche Schritte von wem gegangen werden müssen und suchen nach praktikablen und zielführenden Lösungen.



Ricardo Lange und Jan Mohnhaupt: Intensiv. Wenn der Ausnahmezustand Alltag ist. DTV Sachbuch, 192 Seiten, ISBN: 978-3-423-26329-0, 16 Euro.

Möchten Sie ein Exemplar des vorgestellten Buches gewinnen? Dann schreiben Sie uns unter dem Betreff „Intensiv“ per E-Mail an: redaktion@sovd.de oder aber mit gleichem Stichwort per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. März.

 **Denksport**

Sinnsprüche sortieren

1. Wer findet, der freut sich.
2. Wenn der Topf rastet, da ist auch Rauch.
3. Jeder Dritte rostet seinen Deckel.
4. Wo zwei sich streiten, ist Feuer.



Foto: Romolo Tavani / Adobe Stock

Sie haben es bemerkt: Die vier oben zitierten Sprüche ergeben in dieser Form keinen Sinn. Schaffen Sie es, Ordnung in die Sätze zu bringen, sodass daraus weithin bekannte Weisheiten werden? Die Auflösung finden Sie auf Seite 18 in dieser Ausgabe.

 **Gib's doch gar nicht, oder?**

Applaus aus der Telefonzelle

Sie haben etwas besonders gut gemacht und wollen hierfür Anerkennung haben? Dann besuchen Sie doch einmal das Örtchen Mettau im Schweizer Kanton Aargau. Dort steht direkt an der Hauptstraße eine ehemalige Telefonzelle, die seit zwei Jahren als „Gut-gemacht-Maschine“ neue Verwendung findet. Wer sie betritt, kann sich zumindest virtuell auf die Schulter klopfen lassen.

Anhand einer Liste wählen die Besucher*innen über einen Bildschirm aus, wofür sie gerne gelobt werden möchten. Neben vorgegebenen Aussagen wie: „Ich habe jemandem geholfen“ oder „Ich bin der tollste Ehemann“ kann dort auch ein individueller Anlass eingegeben werden. Danach ertönen Applaus und eine Lobeshymne. Wer seine Kontaktdaten eingibt, bekommt zudem als Anerkennung für seine Taten einen Gutschein, der zu Vergünstigungen bei den lokalen Unternehmen berechtigt.



Foto: Priska Meyer / creative commons

Für Lob bitte eintreten! Die Mettauer „Gut-gemacht-Maschine“ steht zwischen der Bushaltestelle und der Kirche des Ortes.

Zurück geht die Idee auf ein Zitat des örtlichen Gemeindepräsidenten Peter Weber. Dieser lobte scherzhaft gerne mit den Worten: „Jetzt kannst du dich eine halbe Stunde unter die Schulterklopfmaschine stellen.“ Als dann aber jemand tatsächlich wissen wollte, wo diese

Maschine denn zu finden sei, wurde der Gemeinderat aktiv und erwarb die letzte noch im Tal verbliebene Telefonzelle. Die

Kabine erhielt ein neues Aussehen und gilt bis heute weltweit als einzige bekannte Schulterklopfmaschine.

Buchtipps

Hätte, müsste, sollte

Weichen die spontanen Bedürfnisse von Kindern zu sehr von den eigenen Plänen ab, dann stehen Eltern oder Großeltern allzu häufig vor dem gleichen Problem: Theoretisch wissen sie, dass Schimpfen Quatsch ist, Ungeduld nicht weiterhilft und auch Schreien überhaupt keine Lösung ist. Und doch passiert es. In ihrem Buch zeigt Nina C. Grimm, woran gute Ansprüche scheitern und warum es sich lohnt, die täglichen Herausforderungen des Familienlebens in erster Linie als eine Einladung zu betrachten.



Mit psychologischem Fachwissen und Methoden der Achtsamkeit hilft sie, alte Muster zu durchbrechen und Kindern die Hand zu reichen, die sie gerade brauchen. So gelingt Erziehung authentisch und ohne Druck.

Nina C. Grimm: *Hätte, müsste, sollte. Bedürfnisorientierung im Familienalltag wirklich leben.* Kösel, 272 Seiten, ISBN: 978-3-466-31164-4, 18 Euro.

Möchten Sie ein Exemplar des vorgestellten Buches gewinnen? Dann schreiben Sie mit dem Betreff „Hätte, müsste, sollte“ entweder per E-Mail an: redaktion@sovd.de oder mit dem gleichen Stichwort per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. März.

Hätten Sie's gewusst?

„Rosa Steuer“ – nur für Frauen

Längst nicht überall ist die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau auch in unserem Alltag angekommen. Ganz im Gegenteil sogar: Beim Friseurbesuch etwa bezahlen Frauen für die gleiche Leistung oftmals weiterhin mehr Geld. Eine solche Preisdifferenzierung nach Geschlecht wird auch als „Pink Tax“ („Rosa Steuer“) bezeichnet.

Bei der Reparatur der Waschmaschine oder der Fahrt mit dem Taxi zählen allein Kriterien wie Aufwand und Zeit. Geht es um die Frisur, sieht die Sache jedoch anders aus. Obwohl auch viele Männer Wert auf einen aufwändigen Haarschnitt legen, gelten für sie andere Preise als für Frauen. Warum aber halten auch im 21. Jahrhundert fast 90 Prozent der Friseursalons in Deutschland an dieser Praxis fest?

Der Grund ist offensichtlich: Wer sich beim Frisieren für mehr Gerechtigkeit einsetzt, nimmt zumindest von seinen Kundinnen erst einmal weniger Geld ein. Auf der anderen Seite sorgen geschlechtsneutrale Preise langfristig für eine bessere Vergleichbarkeit der angebotenen Leistungen. Dennoch haben sich einige Unternehmer*innen, wohl vor



Foto: basin_stock / Adobe Stock

Im Haarsalon und auch bei vielen anderen Dienstleistungen gibt es je nach Geschlecht noch immer unterschiedliche Preisschilder.

allem aus Überzeugung, von dem nicht mehr zeitgemäßen Preismodell verabschiedet.

Leider ist die Bezahlung nach Geschlecht jedoch keinesfalls auf das Friseurhandwerk be-

schränkt. Laut einer Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes etwa bezahlen Frauen auch bei anderen Dienstleistungen noch immer mehrheitlich eine „rosa Steuer“.

Variante: LEICHT

	○		6		2	1	9
1			7	2		6	
			9		3		
5	4	2					6
	1		2	9	3		8
9					7	2	1
		1		5			
○	6		4	8			5
2	7	5		9			

Auflösung des Vormonats

2	7	9	8	3	4	1	6	5
1	3	4	5	6	9	7	8	2
6	8	5	1	7	2	4	9	3
9	4	8	7	2	6	5	3	1
7	6	3	4	5	1	9	2	8
5	1	2	9	8	3	6	4	7
8	2	7	6	4	5	3	1	9
4	5	1	3	9	8	2	7	6
3	9	6	2	1	7	8	5	4

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile und jeder Spalte und in jedem 3x3-Feld nur einmal vorkommen.

Auflösung des Vormonats

9	4	1	8	2	7	6	3	5
3	6	2	1	9	5	8	4	7
5	8	7	4	6	3	9	2	1
4	9	6	7	5	8	2	1	3
7	2	3	9	1	6	5	8	4
8	1	5	3	4	2	7	9	6
1	7	4	5	8	9	3	6	2
6	5	8	2	3	4	1	7	9
2	3	9	6	7	1	4	5	8

Variante: MITTEL

9	7				2	8	○
6			3	1			
4	3				1		
7			6		5		
	○		2	1	7		
		9		5			1
		3	○			1	7
			1	9			2
	2	6				3	8

Möchten Sie einen unserer Buchpreise gewinnen? Dann notieren Sie die eingekreisten Zahlen (von oben nach unten) und schicken Sie diese per E-Mail an: sudoku@sovd.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, „Sudoku“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. März.

Redensarten hinterfragt

Am seidenen Faden hängen

Etwas hängt am seidenen Faden – dieses Bild wird gerne dann verwendet, wenn eine konkrete Gefahr besteht oder eine Sache mit großer Wahrscheinlichkeit einen schlechten Ausgang nimmt. Der Ursprung dieser Redensart liegt in der Antike und führt hier sogar an den Hof eines waschechten Tyrannen.

Dionys von Syrakus gehörte zu den mächtigsten Herrschern der Antike. Viele neideten ihm seine Macht, so auch der Höfling Damokles. Dem Emporkömmling wollte Dionys der Sage nach eine Lehre erteilen und überließ ihm hierfür seinen Platz an der Tafel. Über dem Stuhl aber ließ der Potentat an einem dünnen Faden ein Schwert aufhängen. Auf diese Weise wollte Dionys die Gefahren verdeutlichen, die eine derart mächtige Position mit sich bringt. Bekanntheit erreichte diese Begebenheit auch als „Schwert des Damokles“.



Richard Westalls Gemälde „Das Schwert des Damokles“ (1812).

Des Rätsels Lösung

Ein Flattertier und sein Revier (Ausgabe Februar, Seite 16)

Unsere Fledermaus ist am Tag aktiv und wirft dabei auch einen Schatten. Der richtige Umriss trug die Nummer 6.

Sinnsprüche sortieren (Denksport, Seite 17)

Wie heißt es: „Manchmal sieht man den Wald vor lauter Bäumen nicht.“ Beim Sortieren der Sprüche hatten Sie hoffentlich den nötigen Durchblick.

- Wer rastet, der rostet.
- Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte.
- Jeder Topf findet seinen Deckel.
- Wo Rauch ist, da ist auch Feuer.

Mit spitzer Feder

Hörbuchtipp

Neulich in der Warteschlange

Im Schatten der Wende



Kurz nach dem Mauerfall tritt der junge Kriminalpolizist Tobias Falck seine Stelle beim Kriminaldauerdienst Dresden an. Die Zeiten haben sich geändert. Die Verbrechen auch: Die Kriminalität nimmt kurz nach der Wende in Ostdeutschland immer größere Ausmaße an. Zudem beschäftigt das Team die Suche nach einem Auftragsmörder.

Neben einer Kriminalgeschichte schildert Frank Goldammer auch das Lebensgefühl nach dem Mauerfall. In die Hoffnung und den Freiheitsdrang der Menschen mischen sich aufkommende Unsicherheiten und Ängste.



Frank Goldammer: *Im Schatten der Wende*. Der Audio Verlag, ungekürzte Lesung mit Uve Teschner, 1 MP3-CD, Laufzeit 568 Minuten, ISBN: 978-3-7424-2244-6, 20 Euro.

Möchten Sie das vorgestellte Hörbuch gewinnen? Schreiben Sie mit dem Betreff „Im Schatten der Wende“ entweder per E-Mail an: redaktion@sovd.de oder mit dem gleichen Stichwort per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. März.

grünes Gemüse	ostfriesischer Komiker (Vorname)	Vors. der Handelskammer (HB, HH)	Altschnee	ugs.: Flegel	in flachem Wasser gehen	Hahnenfußgewächs	englische Schulstadt	ostdeutsche Rockgruppe	asiat. zweifähriges Gefährt	ugs.: heimlicher Groll	elektr. Küchengerät	ugs.: e. pragmatischer Politiker
			1				ugs.: fotografieren			10		
kleine Leiter					tiefe Bewusstlosigkeit				Kindertagesstätte (Kurzw.)			geschichtliche Jahrbücher
Gewicht ausgleichen (Waage)							Fußabstreifer		Gradleiste; Tonleiter			
				12	Wassersportrequisit	deutscher Maler † (Franz)				Gutschein		
prahlerisch, angeberisch reden	veraltet: Konkubinat (2 Wörter)		indones. Inselbewohner		Landesregierung von Hamburg		6	Sporenpflanze		letzter Ostgotenkönig	halb-lange Kleidung	
Textilbetrieb						Buch im Alten Testament	portug. Wallfahrtsort			11		
		4			Ausruf des Ansporns	europ. Vulkan (Landessprache)			Verbanungsort			7
Pflanzenfaser	unsere Welt		Bewohner eines dt. Bundeslandes				3	Änderung einer Konstruktion	unbest. Fürwort			
ugs.: Teufel						ugs.: handfester Mann	Europäerin mundartl.: das Mähnen					
fränkisch: Hausflur			alkohol. Getränk zum Tee		Gebirgsrücken, Grat			Sauerzfluss	AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS			
Stauwasser in Nordhessen				9		Kurzwort: Abonnement		5	■ T ■ ■ ■ W ■ J ■ R ■ ■ A ■ S ■ ■ R ■ E ■ I ■ S ■ E ■ R ■ O ■ U ■ T ■ E ■ S ■ U ■ M ■ P ■ F ■ ■ A ■ L ■ A ■ U ■ N ■ H ■ A ■ R ■ I ■ S ■ T ■ E ■ I ■ ■ ■ V ■ E ■ N ■ E ■ M ■ A ■ D ■ A ■ M ■ A ■ L ■ O ■ B ■ ■ P ■ E ■ N ■ D ■ R ■ A ■ N ■ U ■ K ■ A ■ B ■ I ■ N ■ E ■ ■ D ■ P ■ U ■ N ■ S ■ T ■ R ■ U ■ T ■ T ■ R ■ ■ L ■ I ■ M ■ O ■ U ■ S ■ I ■ N ■ E ■ K ■ A ■ M ■ E ■ R ■ A ■ D ■ ■ I ■ G ■ E ■ L ■ P ■ O ■ K ■ A ■ M ■ E ■ R ■ A ■ D ■ ■ T ■ ■ ■ F ■ A ■ R ■ B ■ T ■ O ■ N ■ K ■ A ■ T ■ E ■ ■ S ■ A ■ T ■ E ■ R ■ D ■ E ■ ■ O ■ S ■ T ■ G ■ O ■ T ■ E ■ ■ U ■ L ■ M ■ I ■ ■ Z ■ E ■ T ■ ■ ■ E ■ T ■ A ■ G ■ E ■ R ■ E ■ A ■ U ■ F ■ ■ A ■ N ■ A ■ S ■ ■ P ■ O ■ L ■ E ■ I ■ ■ I ■ N ■ S ■ E ■ K ■ T ■ ■ E ■ M ■ S ■			
meer- katzen- artiger Affe	Briefversand per Computer (engl.)			2	Stadt südöstl. von Hof (Franken)			13	Tongeschlecht		0289	Langspielplatte (1-15)

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

Impressum

SoVD – Soziales im Blick erscheint jeweils zum Monatsanfang (11 Ausgaben/Jahr). Herausgeber ist der Sozialverband Deutschland e.V., Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, Tel.: 030/72 62 22 - 0, E-Mail: redaktion@sovd.de.

Redaktion: Veronica Sina (veo/verantwortw.), Joachim Schöne (jos), Eva Lehenheim (ele), Sebastian Triesch (str), Brigitte Grahl (bg), Denny Brückner (Bildbearbeitung), Anna Lehmacher (Redaktionsassistentin). Für Anzeigen und Werbebeilagen ist die Zeitung lediglich Werbeträger; eine Empfehlung des SoVD für Produkte oder Dienstleistungen ist damit nicht verbunden. Veröffentlichte Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Der Bezug von „Soziales im Blick“ ist im SoVD-Mitgliedsbeitrag enthalten.

Datenschutz: Der Schutz personenbezogener Daten hat beim Sozialverband Deutschland e.V. oberste Priorität. Informationen zum Thema Datenschutz finden Sie unter www.sovd.de/kontakt/datenschutz.

Anzeigenverwaltung: Agentur Neun GmbH, Pforzheimer Straße 132, 76275 Ettlingen, Telefon: 07243/53 90 120, Mobil: 0179/61 04 719, E-Mail: sovd@agenturneun.de.

Druck und Verlag: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelm-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Auflage: Die verbreitete Auflage betrug im 4. Quartal 2021 insgesamt 418.148 Exemplare.



Das Lösungswort zum Gewinnen eines Buchpreises bitte bis zum 15. März einsenden an: SoVD, Redaktion, Stichwort: „Kreuzworträtsel“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail: kreuzwortraetsel@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben!

Jetzt auch FFP2-Masken kostenfrei erhältlich!

Pflegen Sie einen Angehörigen?
Dann nutzen Sie den Anspruch auf kostenfreie Pflegehilfsmittel!

Ihre Vorteile im Überblick

- ✓ Pflegebedürftige mit Pflegegrad haben Anspruch auf kostenfreie Pflegehilfsmittel gemäß § 40 SGB XI
- ✓ In der Regel übernimmt die Pflegekasse die Kosten des monatlichen Pflegesets zu 100%
- ✓ Keine Vertragsbindung
- ✓ Pflegeset jederzeit anpassbar
- ✓ Wir liefern das gewünschte Pflegeset zuverlässig und versandkostenfrei nach Hause

Kostenfreie Pflegehilfsmittel

für die häusliche Pflege

Bis zu 40€ monatlich

Sie pflegen einen Angehörigen mit Pflegegrad? Dann haben Sie einen gesetzlichen Anspruch auf zuzahlungsfreie Pflegehilfsmittel!

Was viele Pflegebedürftige nicht wissen: Mit einem Pflegegrad (1–5) können Sie sich Pflegehilfsmittel, wie z. B. Einmalhandschuhe, Händedesinfektion oder auch Bettschutzunterlagen erstatten lassen.

Mit den zuzahlungsfreien Produkten sollen pflegende Angehörige so finanziell entlastet werden. Monatlich übernimmt die Pflegekasse Kosten in Höhe von bis zu 40 €.

Um den Anspruch nutzen zu können, genügt der Antrag von **meinPflegeset**. Um die Bewilligung und Kostenübernahme durch die Pflegekasse kümmern wir uns dann für Sie.

meinPflegeset steht Ihnen in 6 verschiedenen Kombinationen zur Verfügung, zusätzlich können Sie sich Ihr eigenes **meinPflegeset** zusammenstellen – ganz nach Ihren persönlichen Bedürfnissen.

Sie bekommen die gewünschten Hilfsmittel dann jeden Monat pünktlich und ohne Zuzahlung an die von Ihnen gewünschte Adresse geliefert.

Für Rückfragen sind wir jederzeit gerne kostenfrei unter Tel.: 0800 000 83 64 persönlich für Sie da oder per E-Mail an: kontakt@mein-pflegeset.de

Weitere Infos unter: www.mein-pflegeset.de

Ein Service von: Praxis Partner
Fachversand für Arzt- und Laborbedarf GmbH
In den Fritzenstücker 9–11
65549 Limburg



über 115 Jahre

Kräuterhaus Sanct Bernhard

www.kraeuterhaus.de Bestell-Telefon: 073 34/96 540

Entwicklung und Herstellung im eigenen Haus

Seit 1903 Naturheilmittel und Kosmetik höchster Qualität!

Grünlippmuschel

Neuseeländische Grünlippmuscheln (*Perna canaliculus*) enthalten Glycosaminoglykane (GAG), die beim Menschen natürlicherweise im Bindegewebe, den Gelenknorpeln und der Gelenkflüssigkeit („Gelenkschmiere“) vorkommen. Jede Kapsel enthält 500 mg reines Grünlippmuschel-Konzentrat.

Best.-Nr. 805	150 Kapseln	€ 12,50
Best.-Nr. 1850	300 Kapseln	€ 23,00

NEU Hyaluronsäure 500 mg

Die Hyaluronsäure ist ein natürlicher Bestandteil der Haut, des Bindegewebes, der Gelenkflüssigkeit und des Knorpels. Bemerkenswert ist ihre Fähigkeit, große Mengen Wasser an sich zu binden. Jede Kapsel enthält **500 mg Hyaluronsäure** und **40 mg Vitamin C**, das zur Kollagenbildung beiträgt.

Best.-Nr. 864	90 Kapseln	€ 19,50
ab 3 Packungen		nur € 18,00

Erotisan-Manneskraft Kapseln

Unterstützt die sexuelle Leistungsfähigkeit des Mannes und trägt dazu bei, eine gesunde, natürliche Spannkraft zu erhalten. Die ausgewählten Extrakte aus Potenzholz, Damianablättern und Sabalfrüchten + Guarana sind seit langem für ihre anregende Wirkung bekannt.

Best.-Nr. 1043	120 Kapseln	€ 21,50
ab 3 Packungen		nur € 19,00

Bio-Hagebutten-Pulver

100% reines Hagebuttenpulver aus kontrolliert biologischem Anbau. Bio-Hagebutten-Pulver eignet sich unter anderem zur Anreicherung von Smoothies, Shakes, Müllis oder zur Vermischung mit Saft.

vegetarisch, glutenfrei, vegan

Best.-Nr. 563	500-g-Dose (je 1kg = 24,00 €)	€ 12,00
ab 3 Dosen (je 1kg = 22,00 €)		nur € 11,00

Magnesium-400-supra TOP

Verbessert die Funktion der Muskeln, insbesondere bei körperlicher Anstrengung. Es fördert so das Wohlbefinden – auch nachts – durch lockere, entspannte Muskeln und Waden. Jede Kapsel enthält 400mg reines Magnesium.

Best.-Nr. 129	120 Kapseln für 4 Monate	€ 8,50
Best.-Nr. 135	300 Kapseln für 10 Monate	€ 17,50

Vitamin B12 Supra 200 µg

Gut für die gesunde Funktion von Gehirn und Nervensystem sowie für mehr Energie. Jede Tablette enthält 200µg Vitamin B12.

Best.-Nr. 118	240 Tabletten für 4 Monate	€ 6,50
ab 3 Packungen		nur € 5,95

Gedächtnis-Kapseln mit Ginkgo!

Mit B-Vitaminen, Jod, Zink und Ginkgo-biloba-Extrakt! Wichtig für die Erhaltung von Gedächtnis, Lernfähigkeit und geistiger Fitness ist eine gute Versorgung mit Nährstoffen, die auf die Funktion von Gehirn, Psyche und Nervensystem abgestimmt sind.

Best.-Nr. 81	180 Kapseln für 6 Monate	€ 13,50
ab 3 Packungen		nur € 12,00

GRATIS-TEST* GUTSCHEIN-Nr. 32 auch online einlösbar!

2-Monatspackung FÜR ALLE NEUKUNDEN

JA, ich möchte mich selbst überzeugen! Zusammen mit meiner ersten Bestellung erhalte ich als Dankeschön **kostenlos und versandkostenfrei*** **Vitamin C 600 Supra-Kapseln, 60 Stück**

Zur Unterstützung Ihres Immunsystems!

Außerdem erhalte ich **kostenlos** den großen **Sanct-Bernhard-Gesundheitskatalog** mit über 900 Naturheilmittel- und Kosmetikartikeln sowie ein wertvolles **Kosmetik-Probaset!**

Ich bestelle mit **14-tägigem Rückgaberecht** folgende Artikel:

Bestell-Nr.	Artikel	Menge	Einzelpreis	Gesamtpreis
96133	Vitamin C 600 Supra-Kapseln	1	GRATIS	
<i>versandkostenfrei</i>				

Alle Informationen zu unseren Produkten unter www.kraeuterhaus.de
Informationen zur Datenverarbeitung unter www.kraeuterhaus.de/datenenschutz serv270332

Name, Vorname: _____
Straße, Nr.: _____
PLZ, Ort: _____
Telefon (falls Rückfragen): _____ Geburtsdatum: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bestellung bitte an:
Kräuterhaus Sanct Bernhard KG
Helfensteinstr. 47, Abt. 32
73342 Bad Diltzenbach
Tel.: 073 34/96 540
Fax: 073 34/96 5444
Abteilung 32
www.kraeuterhaus.de



Erholungsreise nach Marienbad

Kreuzfahrt mit der VASCO DA GAMA

Marienbad gilt als einer der schönsten böhmischen Kurorte. Rund 40 Heilquellen, prächtige Bauten und wunderschöne Parkanlagen prägen das Bild des mondänen Kurorts.



IHR HOTEL: 3+ Schlosshotel Marienbad

Lage: Im ruhigen Vorort von Marienbad gelegen, ca. 4 km zu den Kolonnaden, empfängt Sie dieses Haus mit seinem einzigartigen Charme. Es befindet sich eine Linienbushaltestelle beim Hotel – Sie haben freie Fahrt mit dem inkludierten Busticket und sind so in ca. 10 Minuten an den Kolonnaden.

Zimmer/Ausstattung: Das Hotel verfügt über 29 Zimmer (ca. 14 m²), die alle mit Dusche/WC, Kabel-TV, Telefon, Safe (gegen Gebühr), Minibar und teilweise Balkon ausgestattet sind. Zur weiteren Hotelausstattung gehören ein Lift, Rezeption, Restaurant/Cafe/Bar, Sonnenterrasse, Garten und ein Aussichtsturm.

Freizeit/Kur/Unterhaltung: Wohltuende Kur-Anwendungen, wie bspw. Massagen, Moorpackungen, Elektro- und Magnettherapie, werden Ihnen in der hauseigenen Kur-Abteilung angeboten.

INKLUSIV-LEISTUNGEN

- ✓ Haustürabholung inkl. Kofferservice
- ✓ An- und Abreise im modernen Fernreisebus
- ✓ 7/14/21x Übernachtung im 3+ Schlosshotel Marienbad
- ✓ 7/14/21x reichhaltiges Frühstücksbuffet
- ✓ 7/14/21x 3-Gang Wahlmenü am Abend
- ✓ Welcome-Drink
- ✓ Ärztliche Eingangskonsultation (ca. 10 Min.)
- ✓ 10 Kur-Anwendungen pro Woche nach ärztlicher Vorgabe
- ✓ Leihbademantel
- ✓ Geführter Rundgang durch Marienbad
- ✓ Linienbusticket für den öffentlichen Nahverkehr in Marienbad
- ✓ Örtliche, deutschsprachige Reiseleitung

TERMINE & PREISE 2022 p.P. im DZ/EZ

Anreise: montags	8 Tage	Verl.-Woche
A 28.11.22; 05.12.22; 12.12.22	€ 449,-	€ 269,-
B 31.10.22; 07.11.22; 14.11.22; 21.11.22	€ 479,-	€ 279,-
C 07.03.22; 14.03.22; 21.03.22 03.10.22; 10.10.22; 17.10.22; 24.10.22	€ 499,-	€ 299,-
D 28.03.22; 04.04.22; 11.04.22; 18.04.22; 25.04.22 04.07.22; 11.07.22; 18.07.22; 25.07.22; 01.08.22; 08.08.22; 15.08.22	€ 549,-	€ 349,-
E 02.05.22; 09.05.22; 16.05.22; 23.05.22; 30.05.22; 06.06.22; 13.06.22; 20.06.22; 27.06.22 22.08.22; 29.08.22; 05.09.22; 12.09.22; 19.09.22; 26.09.22	€ 579,-	€ 379,-
Einzelzimmer-Zuschlag pro Woche		€ 70,-

- Hinweise:**
- > Kurtaxe ist zahlbar vor Ort: ca. € 2,- p.P./Tag
 - > Reiserücktritts-Versicherung empfehlenswert. Wir beraten Sie gerne!
 - > Verlängerung: Der erste Tag der Verlängerung bestimmt wie ein neuer Anreisetag den Preis.
 - > Veranstalter: Vital Tours GmbH, Schulstraße 15, 69427 Mudau. Es gelten die Reisebedingungen des Veranstalters (Einsicht möglich unter: www.kurdirekt.de/arb oder im aktuellen Katalog). Änderungen vorbehalten, maßgeblich ist die Reisebestätigung. Unsere Datenschutz-Bestimmungen finden Sie unter: www.kurdirekt.de/datenschutz

Reisecode: SOVD

Reisen Sie mit dem 4+ Schiff VASCO DA GAMA entlang der Küsten der Nord- & Ostsee und erkunden Sie das Baltikum oder erleben Sie die einzigartige Naturlandschaft Nordeuropas mit ihren zahlreichen Fjorden, Gletschern und bunten Städten. Auf der Schiffsreise zu den Britischen Inseln können Sie sich von den lebendigen Metropolen und verträumten Landschaften verzaubern lassen.

Einzigartige Ostsee

Bremerhaven – Kopenhagen – Helsinki – St. Petersburg – Tallinn – Stockholm – Kiel
27.05.-08.06.2022; 28.07.-09.08.2022*; 23.08.-04.09.2022
13 Tage ab € 2.487,- p.P.

Baltikum: Ostseeperlen & Zarenschätze

Kiel – Riga – Tallinn – St. Petersburg – Helsinki – Stockholm – Danzig – Kiel
08.06.-19.06.2022; 18.09.-29.09.2022
12 Tage ab € 2.337,- p.P.

Highlights und Geheimtipps entlang der Ostseeküste

Kiel – Bornholm – Riga – Helsinki – St. Petersburg – Tallinn – Stockholm – Kiel
03.07.-14.07.2022
12 Tage ab € 2.337,- p.P.

Von Kiel zum Nordkap

Kiel – Bergen – Geiranger – Lofoten – Tromsø – Nordkap – Trondheim – Göteborg – Kiel
19.06.-03.07.2022; 29.09.-13.10.2022; 13.10.-27.10.2022
15 Tage ab € 2.837,- p.P.

Norwegens unvergessliche Mitternachtssonne

Kiel – Bergen – Geiranger – Tromsø – Nordkap – Lofoten – Göteborg – Kiel
14.07.-28.07.2022
15 Tage ab € 2.837,- p.P.

Städtetrip entlang der norwegischen Küste

Kiel – Bergen – Geiranger – Lofoten – Nordkap – Trondheim – Göteborg – Kiel
04.09.-18.09.2022
15 Tage ab € 2.837,- p.P.

Britische Inseln: Highlands und Kreideklippen

Bremerhaven – Edinburgh – Belfast – Plymouth – Dover – Bremerhaven
09.08.-23.08.2022
15 Tage ab € 2.837,- p.P.



Außenkabine mit Balkon, 4+ VASCO DA GAMA

INKLUSIV-LEISTUNGEN

- ✓ Haustürabholung inkl. Kofferservice
- ✓ An- und Abreise im modernen Fernreisebus
- ✓ Kreuzfahrt gemäß Reiseplan in der gebuchten Kabinenkategorie (Innenkabine – Kat. 01)
- ✓ Vollpension an Bord
 - Reichhaltiges Frühstück mit Kaffee, Tee und Säften in verschiedenen Restaurants
 - Buffets, Show-Cooking oder am Tisch servierte à la carte Menüs, je nach Restaurant
 - Kaffee und Kuchen je nach Tagesprogramm
- ✓ Deutschsprachiger Service an Bord
- ✓ Unterhaltungsprogramm und landeskundliche Vorträge an Bord
- ✓ Kinderbetreuung an Bord
- ✓ Nutzung des Fitnessbereichs, Swimming-pools, Außensportplätze und Wellnessbereichs mit Sauna
- ✓ Komfortables Whisper Audio-System bei allen Ausflügen
- ✓ Kreuzfahrtleitung und deutschsprachige örtliche Reiseleitung
- ✓ Alle Hafen- und Passagiergebühren

Hinweise:

- *Bei Buchung bis 31.03.22 erhalten SoVD-Mitglieder 20% Ermäßigung.
- **Umgekehrtes Routing
- > Weitere Kabinenkategorien auf Anfrage.
- > Zuschlag für 2-Bett-Kabine zur Alleinbenutzung 15% (begrenzt Kontingent).
- > Reiserücktritts-Versicherung empfehlenswert. Wir beraten Sie gerne!
- > Veranstalter: Vital Tours GmbH, Schulstraße 15, 69427 Mudau. Es gelten die Reisebedingungen des Veranstalters (Einsicht möglich unter: www.vitaltours.de/arb oder im aktuellen Katalog). Änderungen vorbehalten, maßgeblich ist die Reisebestätigung. Unsere Datenschutz-Bestimmungen finden Sie unter: www.reise-koenig.de/datenschutz

Reisecode: SOVD



Waterfront Restaurant, 4+ VASCO DA GAMA



Oasis Pool, 4+ VASCO DA GAMA

Weitere Informationen im neuen Katalog 2022 – Jetzt anfordern!



Beratung & Buchung:
0800 - 228 42 66
gebührenfrei / Mo.-Fr.: 9-17 Uhr

Online buchbar direkt unter:
www.kurdirekt.de

Beratung & Buchung:
0800 - 55 66 700
gebührenfrei / Mo.-Fr.: 9-17 Uhr

info@reise-koenig.de

ANZEIGE



Markenartikel zu Bestpreisen

Neu für Sie zum Kennenlernen: bis zu 53% Preisvorteil!

Merino-Sneakers aus reiner Schurwolle!



Schaft angenehm gepolstert

Natürliche Temperaturregulierung



Herausnehmbare Innensohle aus Wolle

UVP*-Preis 129,-
Personalshop-Preis 79,99
NEUKUNDEN-PREIS
€ 59.99
Sie sparen € 69,01 gegenüber dem UVP*



marine

grau

rot

Für Damen und Herren

- Herausnehmbare Einlegesohle aus Wolle
- Sportive 3-Loch-Schnürung
- Schrittdämpfende, hellgraue Sohle
- Antibakteriell: absolut geruchsneutral
- Ultraleicht und flexibel
- Obermaterial: 100% Schurwolle
- Einlegesohle: Wolle, Schaumstoff
- Laufsohle: EVA

★★★★★
Das sagen Kunden:
„Ausgezeichnete Passform!“
Laufen wie barfuß, super Kauf!
Würde den Schuh jederzeit wieder kaufen!
Mehr Bewertungen online

Merino-Sneakers	
rot	Art.-Nr. 62.405.980
grau	Art.-Nr. 62.405.993
marine	Art.-Nr. 62.406.000

Größen										
37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	

Schrittdämpfende, hellgraue Sohle

BESTELLSCHEIN D30736 mit 30 Tage Rückgaberecht

Bestellen leicht gemacht! **0 69 / 92 10 110**
bestellen@personalshop.com FAX 069 / 92 10 11 800

Menge	Art.-Nr.	Größe	Artikelbezeichnung	NEUKUNDEN-PREIS
	62.405.980		Merino-Sneakers rot	€ 59,99
	62.405.993		Merino-Sneakers grau	€ 59,99
	62.406.000		Merino-Sneakers marine	€ 59,99

25% Rabatt auf ALLES erhalten Sie auf www.personalshop.com

SO SPAREN SIE 25%:
1. Loggen Sie sich mit Ihrem PIN-Code **D30736** im Shop ein.
2. Ihr 25% Rabatt wird automatisch bei allen Artikeln berücksichtigt.
3. Schließen Sie Ihre Bestellung ab!

Widerrufsrecht: Sie haben das Recht, 14 Tage lang ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag gegenüber der Servus Handels- und Verlags-GmbH schriftlich, telefonisch, per Fax oder per E-Mail an A-6404 Polling in Tirol, Gewerbezone 16, Tel: 069 / 92 10 110, Fax: 069 / 92 10 11 800, office@personalshop.com, zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beginnt ab dem Tag, an dem Sie die Waren in Besitz genommen haben. Senden Sie uns die Ware spätestens 14 Tage nach Ihrem Widerruf zurück. Wir gewähren Ihnen neben dem gesetzlichen Widerrufsrecht eine freiwillige Rückgabegarantie von insgesamt 30 Tagen ab Erhalt der Ware, sofern die Ware sich in ungebrauchtem und unbeschädigtem Zustand befindet.
Impressum: Servus Handels- und Verlags-GmbH, Gewerbezone 16, A-6404 Polling in Tirol.

Gleich einsenden an: Personalshop Bahnhofstraße 500 82467 Garmisch-P.

5-Sterne-Personalshop-Garantie
★ 2 Jahre Garantie ohne „Wenn und Aber“ ★ Schnelle Lieferung
★ Höchster Qualitätsstandard ★ Bestpreis-Garantie
★ 30-tägiges Umtausch- und Rückgaberecht**

Absender (Bitte deutlich ausfüllen): Frau Herr Bearbeitungs- und Versandkostenanteil € 5,99

Name, Vorname: _____

Straße / Nr.: _____

PLZ / Ort: _____

Geb. Datum: _____ E-Mail: _____

Wir verwenden Ihre E-Mail-Adresse, um Sie über Aktionsangebote zu informieren. Dem können Sie jederzeit widersprechen.

* Stichtpreise beziehen sich auf unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers (UVP). Solange der Vorrat reicht.
** Detaillierte Angaben zum Rücktrittsrecht und Informationen zum Datenschutz finden Sie auf: www.personalshop.com

- Anzeigentext -

IM ALTER KEINE STEUERN ZAHLEN

Fast jedes Jahr im Juli freuen sich die mehr als 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner über ihre Rentenerhöhung. Was viele nicht wissen: Mit jeder Rentenerhöhung werden mehr von ihnen steuerpflichtig. Auf Steuertipps.de können Rentnerinnen und Rentner mit einem praktischen Rechner im Handumdrehen ermitteln, ob sie eine Steuererklärung abgeben müssen. Ist das der Fall, erhalten sie auf dem Online-Portal viele kostenlose Steuerspar-Tipps und direkt die passende Steuersoftware zur Erstellung der Steuererklärung.

Die gute Nachricht: »Steuerpflichtig« zu sein, heißt nicht zwangsläufig, dass tatsächlich Steuern gezahlt werden müssen. Auch – und gerade – Rentnerinnen und Rentner haben Kosten, die von ihren Einnahmen abgezogen werden dürfen. Dazu gehören etwa Krankheitskosten und Kosten im Zusammenhang mit einer Behinderung. Die Steuererklärung ist bei ihnen in der Regel so

unkompliziert, dass sich die investierte Zeit zur Abgabe einer Steuererklärung immer auszahlt – ganz gleich, ob sie bereits mehrere Jahre oder erst kürzlich Rente beziehen.

Besonders schnell und einfach erledigen Rentnerinnen und Rentner ihre Steuererklärung mit dem vielfach ausgezeichneten Programm **SteuerSparErklärung 2022 für Rentner**. In der Software werden die komplizierten Formulare der Finanzverwaltung einfach aufbereitet und mit speziellen Tipps für Ruheständlerinnen und Ruheständler kombiniert. Dank intuitiver Bedienung und sicherer Benutzerführung führt die Software auch Steuer-Neulinge sicher durch die Steuererklärung und zur optimalen Rückerstattung.

Unser Tipp: Jetzt Steuersoftware mit 10 Prozent Rabatt bestellen unter: www.steuertipps.de/steuern2022

TIPP 1

Müssen alle Rentnerinnen und Rentner Steuern zahlen?

Nein, ob eine Rentnerin oder ein Rentner tatsächlich Steuern zahlen muss, hängt von verschiedenen Faktoren ab: Wie hoch ist die Rente und der davon steuerpflichtige Anteil? Ist sie oder er verheiratet? Wie hoch sind die weiteren steuerpflichtigen Einkünfte? Und vor allem: Wie hoch sind die steuerlich abzugsfähigen Ausgaben – zum Beispiel für Versicherungen oder Krankheit?

TIPP 2

Was können Rentnerinnen und Rentner von der Steuer absetzen?

Neben Werbungskosten und Haushaltsnahen Dienstleistungen können die meisten Rentnerinnen und Rentner Sonderausgaben abziehen (beispielsweise für Spenden und Versicherungsbeiträge). Zudem liegen häufig außergewöhnliche Belastungen vor (etwa Krankheitskosten oder Behinderten-Pauschbeträge), die das steuerpflichtige Einkommen weiter mindern. Ein Computerprogramm wie die »SteuerSparErklärung 2022 für Rentner« hilft dabei, nichts zu übersehen.

*Rabatt-Code im Warenkorb einlösen. Pro Bestellung nur 1 Gutschein. Keine Barauszahlung. Gültig bis 31.5.2022. Eine kommerzielle Veröffentlichung des Rabatt-Codes ist nicht gestattet.



Schauspielerin Glenn Close war insgesamt acht Mal für den Oscar nominiert

Ungekrönte Königin des Kinos

Filme wie „Eine verhängnisvolle Affäre“ oder „Gefährliche Liebschaften“ brachten ihr Ruhm. Für den Oscar war sie öfter nominiert als jede andere Schauspielerin. Und obwohl sie jedes Mal leer ausging, bewahrte sie Haltung. Am 19. März feiert Hollywoodstar Glenn Close ihren 75. Geburtstag.

Ihre Wandlungsfähigkeit und ihr schauspielerisches Können trugen ihr acht Nominierungen für den begehrtesten Filmpreis der Welt ein. Doch die Trophäen nahmen jeweils andere mit nach Hause. Als einzelne Medien sie daraufhin als Verliererin bezeichneten, widersprach Glenn Close. Es gebe nichts Besseres, als für die geleistete Arbeit so oft auch Anerkennung zu erhalten.

Rückhalt und Nähe findet die Schauspielerin bei Sir Pippin Of Beanfield, kurz Pip. Der kleine Wuschelhund begleitet Glenn Close auch bei Dreharbeiten.



Foto: Cinema Publishers Collection/Imago

Sie weiß ihre Leistung auch ohne Oscar gewürdigt: Für Glenn Close steht beim Filmpreis der olympische Gedanke im Mittelpunkt.

Schauspielerin Michaela May engagiert sich für Menschen mit Mukoviszidose

Ein Schutzengel ohne Flügel

Die vor allem aus Fernsehserien bekannte Schauspielerin ließ sich ursprünglich zur Kindergärtnerin ausbilden. Ehrenamtlich engagiert sich die gebürtige Münchnerin seit Jahren als Schutzengel und Botschafterin für Mukoviszidose-Patient*innen. Am 18. März wird Michaela May 70 Jahre alt.

In der Krimireihe „Polizeiruf 110“ ermittelte Michaela May gemeinsam mit Edgar Selge. Dafür gab es unter anderem den Adolf-Grimme-Preis. Bekanntheit erreichte sie jedoch schon in den 1970er-Jahren. Ihr Name war damals Teil der Werbung für Eurocheque-Karten und hing auf riesigen Schecks in allen Bankfilialen aus.

Groß ist auch Michaela Mays soziales Engagement. Dieses widmet sie an Mukoviszidose Erkrankten ebenso wie älteren Menschen, die durch die Corona-Krise unter Einsamkeit leiden.



Foto: Marja/Imago

Schon als Zehnjährige stand Michaela May auf der Bühne. Doch die beliebte Seriendarstellerin hat auch eine große soziale Ader.

Susanne Daubner flüchtete aus der DDR, weil sie niemanden bespitzeln wollte

Im Visier der Staatssicherheit

Sie gehört seit Langem zum Team der ARD-Tagesschau. Davor arbeitete sie für das Jugendprogramm DT64 des Rundfunks der DDR. Als die Stasi sie jedoch anwerben wollte, entschloss sie sich zur Flucht. Am 26. März begeht Nachrichtensprecherin Susanne Daubner ihren 60. Geburtstag.

Nur wenige Monate vor dem Mauerfall machte sich Susanne Daubner 1989 über Ungarn und Jugoslawien auf den Weg nach Westdeutschland. Die Flucht war beschwerlich und führte unter anderem über einen Fluss. Stundenlang trieb die damals 27-Jährige auf dem Wasser.

Im Westen arbeitete die in Halle an der Saale geborene Nachrichtensprecherin schnell wieder in ihrem alten Beruf. Sie trat 1999 die Nachfolge von Tagesschau-Urgestein Wilhelm Wieben an und präsentiert bis heute das Wichtigste vom Tag.



Foto: Thorsten Jander/NDR

„Hier ist das Erste Deutsche Fernsehen mit der Tagesschau.“ Nach diesem Satz beginnt Sprecherin Susanne Daubner mit ihrer Arbeit.



Foto: Hardy Brackmann/ZDF

Nur ein Puzzleteil der Handlung in „Der Überfall“: Niemand darf wissen, dass Paula Schönberg (Katja Riemann) spielsüchtig ist.

ZDF-Krimi „Der Überfall“ beleuchtet diverse Schicksale

Fatale Kettenreaktion

Nach dem Überfall auf einen Eckladen kreuzen sich die Lebenswege verschiedener Menschen. Das sechsteilige Krimidrama mit Katja Riemann läuft ab dem 4. März um 21.15 Uhr im ZDF.

Die Luft um Paula Schönberg, gespielt von Katja Riemann, wird dünner. Sie steht im Verdacht, Gelder veruntreut zu haben. Welche Rolle spielt sie bei dem Überfall auf einen Eckladen? Bei diesem stirbt ein Mann und ein achtjähriger Junge verschwindet. In der Folge prallen die Geschicke unterschiedlicher Menschen aufeinander und verändern sich für immer. Vermeintliche Wahrheiten stellen sich im Verlauf der Handlung als Lüge heraus.

In sechs Teilen ist der „Der Überfall“ ab dem 4. März im ZDF zu sehen sowie bereits ab dem 25. Februar in der Mediathek verfügbar.

Julia Biedermanns Karriere begann mit „Rappelkiste“

Es rappelt in der Kiste

Schon als Sechsjährige trat sie in der bekannten Kindersendung auf. Mit „Ich heirate eine Familie“ wurde sie dann so richtig bekannt. Am 15. März wird Schauspielerin Julia Biedermann 55 Jahre alt.

„Ene mene miste, es rappelt in der Kiste“. So begann in den Anfängen des Kinderfernsehens die „Rappelkiste“. Mit Dieter Hallervorden warb Julia Biedermann dort in einer Folge widerwillig für einen „Schmatzriegel“.

Fast 50 Jahre später trafen die beiden erneut aufeinander. An dem von Hallervorden geleiteten Schlosspark Theater trat Julia Biedermann in dem Stück „Schmetterlinge sind frei“ auf. Darin spielte die ehemals pubertierende Tochter aus „Ich heirate eine Familie“ erstmals selbst eine Mutter.



Foto: Stefan Zeitz/Imago

Julia Biedermann stand zuletzt in Berlin auf der Bühne.

www.sovd.de

